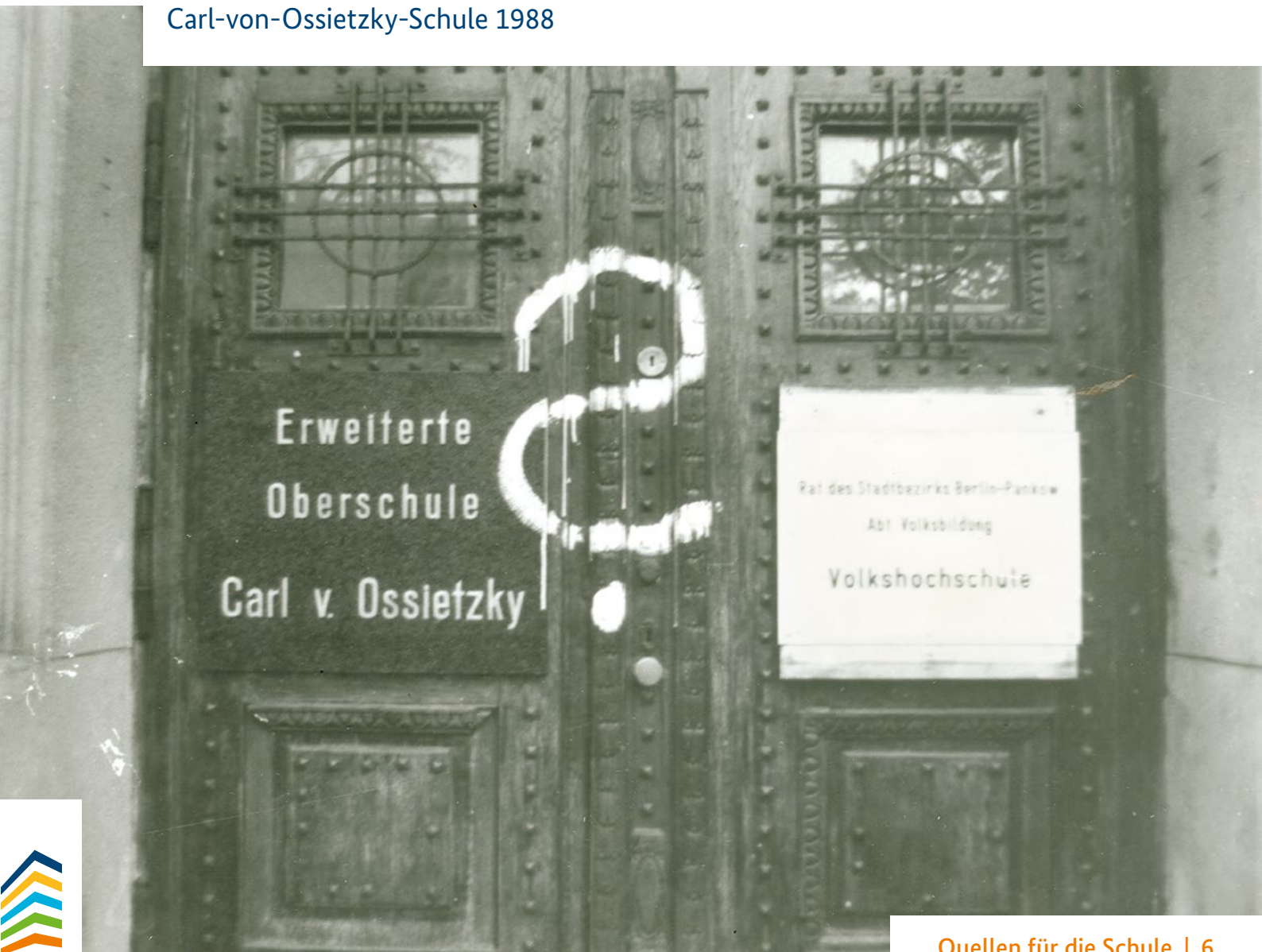




*Auszug
aus Stasi-Akten*

Von der Schule verwiesen

Schülerprotest an der Berliner
Carl-von-Ossietzky-Schule 1988



Weitere Hefte der Reihe „Quellen für die Schule“ mit Fallbeispielen aus Stasi-Unterlagen und alle Hefte zum Download unter www.stasi-unterlagen-archiv.de/bildung.

Von der Schule verwiesen

Schülerprotest an der Berliner
Carl-von-Ossietzky-Schule 1988

Auszug aus Stasi-Akten

Zum Inhalt

Am 13.9.1988 rief ein Schüler der Carl-von-Ossietzky-Schule in Berlin durch ein Plakat dazu auf, die Militärparade anlässlich des Republikgeburtstags der DDR am 7. Oktober nicht zu veranstalten. Militärparaden passten nicht zur Friedenspolitik der DDR, so seine Botschaft. 38 Schülerinnen und Schüler setzten ihre Unterschrift unter den Aufruf und hefteten ein Gedicht aus der DDR-Zeitung „Die Volksarmee“ dazu, in dem eine Waffe verherrlicht wurde.

Der zuständige Schulrat meldete die Schüleraktion an die Dienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in Berlin-Pankow. Unter massivem Druck der FDJ-Grundorganisationsleitung der Schule fanden in den Klassen Abstimmungen statt, die Schüler aus dem Jugendverband FDJ auszuschließen. Am 30.9.1988 inszenierte die Schulleitung die Bestrafung der Schüler in der Aula der Schule: den „Rädelsführern“ wurde weitere höhere Schulbildung verboten, weitere Schülerinnen und Schüler mussten die Schule wechseln.

Die Quelle

Die Unterlagen in diesem Heft stammen aus insgesamt zehn unterschiedlichen Akten und Vorgängen, die die Stasi anlegte, und in denen sie über den Fall berichtete. Für die bessere Übersicht über die Zusammenhänge wurden die Unterlagen daher im vorliegenden Aktenauszug im Wesentlichen chronologisch geordnet. Die hier vorliegende Auswahl von Dokumenten folgt didaktischen Kriterien. Sie ermöglicht Schülerinnen und Schülern eine fundierte Quelleninterpretation anhand eines konkreten Falls.

Zum Schutz des Persönlichkeitsrechts gemäß Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) sind die Namen Betroffener und Dritter sowie Zeit- und Ortsangaben, die eine Identifikation ermöglichen könnten, unkenntlich gemacht. Namen von Stasi-Mitarbeitern brauchen gemäß StUG nicht unkenntlich gemacht zu werden.

Freundlicherweise gaben die von der Schule verwiesenen Schüler sowie weitere Beteiligte ihr Einverständnis für eine Veröffentlichung ihrer Namen. Alle geänderten Namen und Orte (weiße Schrift auf Schwärzungen) sind frei erfunden.

Die Dokumente werden hier im Original wiedergegeben. Der Stempel mit dem Kürzel BStU (Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen) und der Seitenzählung auf jedem Blatt wurde durch das Stasi-Unterlagen-Archiv gesetzt.

Lernen mit Stasi-Unterlagen

Mit der Sicherung der Stasi-Unterlagen und der Öffnung der Stasi-Archive wurde unmittelbar nach dem Ende einer Diktatur ein umfassender Einblick in die Arbeitsweise einer Geheimpolizei möglich. Diese Unterlagen sind seither Grundlage für die individuelle und die gesellschaftliche Aufarbeitung der SED-Diktatur und ihrer Geheimpolizei.

Für Schülerinnen und Schüler bieten sie die einzigartige Möglichkeit, an Originaldokumenten nachzuvollziehen, welche Methoden der Bespitzelung und Unterdrückung die Geheimpolizei einsetzte und was das für die betroffenen Menschen bedeutete. Zugleich können sie bei der Arbeit mit Stasi-Unterlagen ihre Fähigkeit zur Quellenkritik schärfen und beispielsweise Urteils- und Orientierungskompetenz fortentwickeln.

Lernort Stasi-Unterlagen-Archiv

Gern beraten wir Sie, wenn Sie Fragen zur Arbeit mit Stasi-Unterlagen haben oder eine Exkursion zu einem Projekttag auf dem Gelände „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“ in Berlin-Lichtenberg planen. Lassen Sie sich informieren über unsere unterschiedlichen Angebote.

Gemeinsam mit Ihnen stellen wir ein Programm zusammen, das die Lernvoraussetzungen und Interessenlagen Ihrer Schülerinnen und Schüler optimal berücksichtigt. Alle unsere pädagogischen Angebote sind kostenfrei.

Das Bildungsteam des Stasi-Unterlagen-Archivs im Bundesarchiv

Bestellungen von Materialien, Beratung und Buchung von Projekttagen:

Telefon:
030 18665-6757

E-Mail:
bildung.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

<i>Einleitung</i>	3
Information der Hauptabteilung Personenschutz beim MfS über Demonstranten, 12.9.1988	7
Meldung an das MfS durch den Schulrat, 16.9.1988	8
Bericht von IM „Ilona“ an das MfS, 17.9.1988	9
Plakat gegen Militärparaden an der „Speakers’ Corner“	10
Transkript des Plakattextes	11
Gedicht eines Soldaten der Nationalen Volksarmee (NVA) an der „Speakers’ Corner“	12
Bericht von IM „Ilona“ an das MfS, 17.9.1988	13
Ausschlussverfahren und Relegierung der Schüler in der Aula der Schule	15
Erklärung der Schüler	17
Information der Kreisdienststelle Pankow, 14.10.1988	18
Maßnahmeplan des MfS gegen politische Unterstützungen, 27.10.1988	19
Information des MfS über die Informationsandacht der Zionskirchgemeinde, 29.10.1988	22
Bericht der Stasi zur Informationsandacht der Kirche, 29.10.1988	24
Schreiben an das Ministerium für Volksbildung der DDR, 30.10.1988	26
Meldung der Kreisdienststelle Pankow zur „Schmiererei“, 3.11.1988	27
Fotos von Parolen an der Eingangstür der Carl-von-Ossietzky-Schule	28
Bericht über den Einsatz eines Fährtenhundes am Schulgebäude, 3.11.1988	30
Skizze zum Fährtenverlauf um das Schulgebäude	31
Offener Brief der Kirche zur Solidarität mit den relegierten Schülern, 4.11.1988	32
Maßnahmeplan des MfS gegen Aktionen der evangelischen Kirche, 11.11.1988	33
Information des MfS über einen Informationsgottesdienst in der Erlöserkirche, 20.11.1988	35
Plakat der Bekenntniskirche Berlin-Treptow für eine Kirchenveranstaltung, 27.11.1988	37
Maßnahmeplan des MfS zur Manipulation von Kirchenvertretern	38
Schreiben des 1.Sekretärs des FDJ-Zentralrats, 28.11.1988	39
Wörtliche Wiedergabe eines Interviews der Fernsehsendung „Kennzeichen D“, 30.11.1988	47
Information über Eingaben an das Ministerium für Volksbildung der DDR, 6.1.1989	51
Bericht über die Beobachtung am Gebäude der Carl-von-Ossietzky-Schule, 11.10.1989	53
Presseartikel, 20.11.1989	54
<i>Abkürzungen und Erläuterungen</i>	56
<i>Arbeitsanregungen für die Einzel- und Partnerarbeit</i>	58
<i>Arbeitsanregungen für die Gruppenarbeit</i>	59

Hauptabteilung PS
Abteilung XI

Berlin, 12. 9. 1988

BVfS Bin	31
20 SEP 1988	
Tgb. Nr.	7700/88
Weiter an	Bra
	KS

Str. Op. / 1335 | 88 v. 12.9.88

BK 7360/88 v. 13.9.88

1. Ref. 3 Ref. 1

2. KP Panthow

AKG

Ref. 1
E-pa-667/88

Bezirksverwaltung für
Staatssicherheit
Stellv. Operativ

Berlin

BStU
000007

Ref. 1
 mit Aufschreibungen
 an mitläufige
 wie
 12.09.88
 6

Information

Am 11. 9. 1988 wurden während des Einsatzes OdF durch Ordnungs-
kräfte der SED-Bezirksleitung Berlin nachfolgend aufgeführte
Personen aus dem Publikum herausgelöst. Diese Personen hielten
während der Veranstaltung selbstgefertigte Transparente mit
der Aufschrift "Neonazis raus", "Wir wollen keine Neonazis"
hoch.

Die Personalienfeststellung wurde durch Einsatzkräfte der
Hauptabteilung PS, Abteilung IX durchgeführt. 26.09.88

- + [redacted] geb.: [redacted] 1970 in Berlin
wohnhaft: 1100 Berlin, [redacted] Ref. 1. KD PKW nicht.....erfasst S. Linde
- + [redacted] geb.: [redacted] 1972 in Berlin
wohnhaft: 1100 Berlin, [redacted] h.e. nicht.....erfasst
- + Lindner, Benjamin geb.: [redacted] 1970
wohnhaft: 1100 Berlin, Berliner Str. 4 h.e. nicht.....erfasst
- + Lengsfeld, Philipp geb.: [redacted] 1972
wohnhaft: 1100 Berlin, [redacted] Ref. 1. XX BO8803227+ nicht.....erfasst
- + [redacted] geb.: [redacted] 1971 in Berlin
wohnhaft: 1100 Berlin, [redacted] m.e. nicht.....erfasst

BSU
000003

Rapport Allgemeine Vorkommnisse Nr.260 vom 16./17.09.88

07.00 Uhr
2

Datum	Zeit	M e l d u n g	veranlasst
16.09.	17.40	<p>KD Pankow Gen.Ultn.Kößler meldet Unterschriftensammlung:</p> <p>Gegen 16.25 Uhr wurde KD durch den Schulrat bekannt, daß gegen 10.30 Uhr an der EOS "C.v.Ossietsky" in 1100 Berlin, Görschstr.42 durch den</p> <p>F e l l e r, Kai (16) [redacted] 71 in Berlin [redacted]</p> <p>Schüler der 11.Klasse der o.g. Schule</p>	<p>1. Gen.General durch KD vers</p> <p>2. Gen.OSL Zeise- weis verst.</p> <p>3. Überprüfung: nicht erfaßt.</p>
5.		<p>eine Unterschriftensammlung stattfand. Unter den Text: " Wir lehnen die Parade am 7.10.88 ab. Denn Säbelrasseln, das Demonstrieren der militärischen Stärke, zur Schau Stellung todbringender Waffen ist nicht mehr zeitgemäß" hatten 40 Schüler ihre Unterschrift gegeben. Das Schreiben sollte mit den Unterschriften an den Gen.H.Keßler gedandt werden.</p> <p>Maßnahmen: Am 17.9.88 wird eine politisch-ideologische Auseinandersetzung mit dem Initiator und den Unterschreibern durch die Abt.Volksbildung im ZW mit der KL der SED geführt.</p>	

Abschrift:

BSU
000018
11

16

Ist es soweit?

Im Zentrum Berlins werden riesige Geschosse
aufgefahren

totbringende Waffen zur Schau gestellt

Panzer rollen in einer Zeit über die Straßen
Berlins, da gerade vertrauensbildende Maß-
nahmen gemeinsame Sicherheit in Europa
schaffen sollen

In einer solchen Zeit ist das öffentliche
Vorführen militärischer Stärke, das laute
Bekunden der Abschreckung ungesund für
die politische Schönwetterphase, die
vielleicht euhistorisch werden kann

Es paßt nicht in die Friedenspolitik der
DDR. Dem internationalen Ansehen der
DDR sowie dem gesamten Friedensprozeß
würde ein Bericht auf die
Militärparade

am 7.10. zutun.

Es sei noch mal betont, daß es sich nicht
um Statusfragen handelt

gez.

[Redacted signature area]

[Redacted signature area]

Ueberväglider
de [Redacted]

Philipp Ceyfeld

Katja Hill

Andrea För (darüber muß gesprochen werden,
aber nicht anonym)

Ilona

■ wenigen Wochen

10

Im Zentrum Berlins werden riesige Geschosse aufgeföhren, tobringende Waffen zur Schau gestellt.

Ist es so weit!

Die Panzer sollen in einer Zeit über die Straßen Berlins, da gerade vertrauensbildende Maßnahmen eine gemeinsame Sicherheit in Europa schaffen sollen.

In einer solchen Zeit ist das öffentliche Vorführen militärischer Stärke, das laute Beharren von Abschreckung ungesund für die politische Schönwetterphase, die vielleicht historisch werden kann.

Es geht um die Politik der DDR, die internationale Situation der DDR, die internationale Situation der DDR

Verzicht auf die Militärparade

Eure Meinung ?

Das ist ein Verzicht auf die Militärparade

Es geht um die Politik der DDR, die internationale Situation der DDR, die internationale Situation der DDR

Es sei hier noch ein mal betont, daß es sich nicht um Statusfragen handelt

Die Verfasser

Die Verfasser

In wenigen Wochen ist es soweit!

Im Zentrum Berlins werden riesige Geschosse aufgefahren,
todbringende Waffen zur Schau gestellt.

Die Panzer rollen in einer Zeit über die Straßen Berlins,
da gerade vertrauensbildende Maßnahmen
eine gemeinsame Sicherheit in Europa schaffen sollen.

In einer solchen Zeit ist das
öffentliche Vorführen militärischer Stärke,
das laute Bekunden von Abschreckung
ungesund für die politische Schönwetter-Phase,
die vielleicht historisch werden kann.

Es passt auch nicht in die Friedenspolitik der DDR.

Dem internationalen Ansehen der DDR
sowie dem ganzen Friedens-Prozeß
würde ein Verzicht auf die Militärparade
am 7.10. guttun.

Ein Gedicht, das uns tief bewegt und uns
zum Nachdenken angeregt hat:

Du Meine

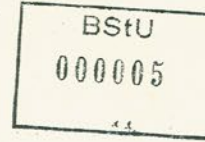
Ich denk noch an einst,
an sonnigen Tagen,
lebe stolz dich
überm Bach getragen.
Dien können
kannst du mir gemischt
lebe mützig mich zu dir gemischt
die Stärken sind mir
gut bekannt,
oft zucktest du in
meiner Hand.
Und ich werd
in deine Kammer gehen,
werd in reinster
Pracht dich sehen.
Ich streif mich dir
durch tiefe wälder
durch laub mich dir
die weiten Felder,
und ließ ich bei dir
Für Stunden nicht
dein Fieber
mich ganz siles wach.
Ich weiß warum,
ich kenn dein wie,
des

Kalashnikow - MP: Oberfeldwebel B. Anderson

(aus "Volksarmee" Mai 1986 / S. 15)

Unterschriften:

Phillip Lorenzfeld
Benjamin Lüd



Probleme / Kollegen

BStU
000019

17

- Kollen. Lang: Uns ist zwar bekannt, daß wir schon immer, ohne es zu wissen, kader für die BRD ausbilden. (diejenigen, die nach der Ausbildung Ausreiseträger stellen) Warum müssen wir aber jetzt darüber unterrichten, wo schon von vorn herein klar ist, daß wir sie für die andere Seite ausbilden? Ich hätte mich gewünscht, Ph. Langefeld in Geschichte zu unterrichten.
- Unsicherheit bzw. kontroverse Auffassungen unter den Genossen, ob Auslösung des Abtritts richtig ist (es zu gestatten)
Stellen wir schon kurz vor der Konturrevolution?
- Wo sind die Grenzen im „neuen Denken“?
- Werden diese Ansichten nicht publiziert und Gegenkräfte offen formiert, d. h. die Schule hilft dadurch dabei?
- großer Verwunderung, teilweise Unsicherheit bei Kollegen - was es so alles gibt ([REDACTED]) - Neudruck - wie ist so etwas an einer EOS möglich?
- Auf der Liste haben insgesamt 38 Schüler unterschrieben. Die Liste wurde am 17.9. vom Direktor angefordert, die Namen wurden vom Sekretär mit Personalien aufgeschrieben. Die Liste hat den gleichen Text wie das Plakat

Ilona 17.9.

Betr. EOS „Cv.O“, Artikel zur Situation in VR-Polen
 Am 8.9. etwa wurde von den Schülern
 Benjamin Lindner, Sebastian Weide ein 18
 Wandreisungsartikel zu Problemen in Polen
 veröffentlicht. Grundthema war Kritik an
 den Maßnahmen der polnischen Regierung
 und Parteinahme für Solidarnost. Der
 Schüler [REDACTED] „borgte“ sich den
 Artikel am diesem Tag nach Schulschluss aus,
 hängt ihn am darauffolg. Morgen wieder
 an und schrieb eine Erwiderung, desgleichen
 erschienen Antworten von Henke Laiting,
 Gen. Dom an der Wandreisung, die sich
 alle parteiisch mit dem Problem ause-
 einandersetzten. Die Kollu. [REDACTED] hörte in
 der Pause, wie der Schüler Philipp Lengfeld
 aufgrund ihrer Haltung auftritt und Partei
 für Solidarnost nahm. Der Inhalt des
 Artikels spielte dann in der Diskussion
 keine Rolle mehr. Es ging auch nicht
 mehr an der Wandreisung. Was ihm abge-
 nommen hat, ist unbekannt. Die Schüler
 [REDACTED] u. Lindner sind im Schulkollektiv
 ziemlich isoliert. Viele Schüler sind der
 Meinung, daß ihre Meinungen so feststeht
 sind, daß sie gar nicht mehr bereit sind,
 Argumente anderer anzuhören.

17.9. Ilona



Anlage 3 zur Information Nr. 465/88

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT



Es wird über Relegierung und FDJ-Ausschluß gesprochen. Der FDJ-Ausschluß wird von der GOL für Benjamin, Katja, Philipp und Kai empfohlen.

Am 28. 9. 88 wird das für diesen Tag angesetzte Polenforum abgesetzt. Den sieben Schülern wird mitgeteilt, daß die für den 29. 9. angekündigten Aussprachen mit der GOL nicht stattfinden werden. Statt dessen werden außerordentliche Mitgliederversammlungen der FDJ für die Klassen Kais, Katjas, Philipps und Benjamins von der GOL festgelegt.

Auf den am 29. 9. nacheinander stattfindenden Mitgliederversammlungen werden Ausschlußverfahren aus der FDJ durchgeführt. An den Versammlungen nehmen 1 Vertreter der Kreisleitung der FDJ, des Patenbetriebes, des Elternaktives, 2 Vertreter der GOL, der jeweilige Klassenleiter, der Direktor, die Parteisekretärin und ein Gast teil. Philipp, Kai und Katja werden auf ihren jeweiligen FDJ-Versammlungen aus der FDJ ausgeschlossen. In Benjamins Klasse, auf die ebenfalls massiver Druck ausgeübt wird, kann der FDJ-Ausschluß nicht durchgeführt werden, da die notwendige 2/3-Mehrheit nicht erreicht wird. Mehrere der gegen den Ausschluß stimmenden Schüler brechen in Tränen aus. Der Vertreter der Kreisleitung der FDJ spricht von "antisozialistischer Plattformbildung im Blauhemd". Man bemühe sich, um jeden zu kämpfen (z. B. um Grabschänder, Skinheads u. a.), aber in diesem Fall müßte die Trennung von eindeutig staatsfeindlichen Schülern erfolgen. In keiner der Klassen können die von den Ausschlußverfahren betroffenen Schüler ausführlich Stellung nehmen. Ihre Einwände werden abgetan.

Am 30. 9. 88 findet in der Aula der Schule eine außerordentliche Schulversammlung statt. Die Schüler müssen einzeln vortreten. Philipp, Kai, Katja und Benjamin wird nacheinander mitgeteilt, daß gegen sie ein Relegierungsverfahren eingeleitet wurde.

Anlage 3 zur Information Nr. 465/88

5

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BStU
000013

Die Schüler werden beurlaubt und müssen den Raum verlassen. Philipp geht schweigend. Ebenso Benjamin. Kai bittet ums Wort, soll aber nicht reden. Er sagt trotzdem, daß er alles als sehr ungerecht empfindet. Dann wird er von zwei Schülern aus dem Raum gebracht. Danach muß Katja gehen.

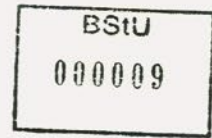
Jemand meldet sich und sagt, daß man mit dem Ausschluß aus der FDJ keinen Schulausschluß gewollt habe. Diese Erklärung bekräftigen viele Schüler durch Beifall. Zahlreiche Mitschüler der Betroffenen weinen. **Achim** muß vortreten. Ihm wird ein Verweis erteilt. Er sagt, daß er sich für diese Schule schämt. Wenn er sich für diese Schule schämt, sagt der Direktor, könne er auch gehen. Auch **Achim** geht. **Sebastian** wird die Erteilung eines Verweises und die Umschulung mitgeteilt. Auch er geht.

Rekonstruktion des Textes an der "Speakers corner", da Original nicht mehr vorhanden

In wenigen Wochen ist es soweit. Auf den Straßen Berlins werden riesige Geschosse aufgefahren, todbringende Waffen zur Schau gestellt. Die Panzer rollen in einer Zeit über die Straßen, da gerade vertrauensbildende Maßnahmen eine gemeinsame Sicherheit schaffen sollen. In einer solchen Zeit ist das öffentliche Vorführen militärischer Stärke, das laute Bekunden der Abschreckung schädlich für die politische Schönwetter-Phase, die vielleicht historisch sein könnte. Es paßt auch nicht in die Friedenspolitik der DDR. Dem internationalen Ansehen der DDR sowie dem gesamten Friedensprozeß würde ein Verzicht auf die Militärparade am 7. 10. gut tun.

Anlage 3 zur Information Nr. 465/88

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT



E r k l ä r u n g

Wir werden beschuldigt, wir hätten uns antisozialistisch verhalten. Uns wird vorgeworfen, wir hätten gegen die sozialistische Gesetzlichkeit verstoßen. Es wird uns unterstellt, wir hätten uns organisiert, wir wollten politisch labilen Schülern unsere Meinung aufzwingen, um so eine pazifistische Plattform zu errichten.

Diese Diffamierungen verletzen und empören uns sehr. Die gegen uns beantragten bzw. verhängten Schulstrafen und der Ausschluß einiger von uns aus der Freien Deutschen Jugend empfinden wir als großes Unrecht.

Die gegen uns erhobenen Vorwürfe veranlassen uns, noch einmal die Gemeinsamkeiten unserer politischen Überzeugungen und damit auch unsere Grundhaltung zu unserem Staat darzulegen:

Wir wollen in der DDR leben und lernen. Wir wollen schöpferisch an der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft mitwirken. Wir wollen offen unsere Meinung äußern und sie öffentlich diskutieren.

Die politischen Ereignisse auf der ganzen Welt interessieren und beschäftigen uns sehr. Wir stehen zur Friedenspolitik der DDR. Mit unserer antifaschistischen Grundhaltung treten wir gegen neofaschistische Tendenzen unter Jugendlichen auf. Wir alle wurden mit solchen Erscheinungen konfrontiert, einige von uns wurden von faschistischen Skins angegriffen und beschimpft. Wir werden uns immer und überall gegen solche Erscheinungen wehren.

Unterschrieben von: Kai, Benjamin, Katja, **Achim**, **Sebastian**
und Philipp

Kreisdienststelle Pankow
Leiter

153

Berlin, 14. 10.1988
kr-mö 32 017
/88

J. Giraffes

Weitere Informationen zu den Ereignissen an der EOS "Carl von Ossietzky"

Der überwiegende Teil der Lehrer und Schüler stehen nicht hinter den durchgeführten Maßnahmen gegen die betroffenen Schüler. Das betrifft sowohl die Ausschlüsse aus der FDJ, als auch die Relegierungen.

Gegenwärtig ist ein hoher Krankenstand unter den Schülern und Lehrern zu verzeichnen.

Nach außen hin herrscht in allen Klassen eine sogenannte "Grabes-
stille". Die Schüler haltungsich mit Meinungsäußerungen zurück,
da sie befürchten, ähnlich diszipliniert zu werden wie die betref-
fenden Schüler.

BStU
000162

Hauptabteilung XX

Berlin, 27. Oktober 1988

bestätigt:

BStU
000030

V o r l a g e

zur vorbeugenden Verhinderung von Versuchen, die Relegierung von 4 Schülern der EOS "Carl von Ossietzky" in Berlin-Pankow zu einer sich ausweitenden Kampagne politischer Provokationen zu mißbrauchen

Inoffiziell wurde bekannt, daß am 25. 10. 1988 in der Wohnung der operativ bekannten [REDACTED] eine Zusammenkunft stattfand, an der die operativ bekannten

[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
Weide, Manuela

sowie die beteiligten Schüler,

LENGSFELD, Philipp
FELLER, Kai und
[REDACTED] Weide, Sebastian

teilnahmen. Diese Personen legten fest, am 28. 10. 1988, 18.00 Uhr eine sogenannte Informationsandacht zu den erfolgten Relegierungen in der Zionsgemeinde (Galerie der "Umweltbibliothek") durchzuführen. Sie stimmten das mit dem operativ bekannten [REDACTED] ab und äußerten die Absicht, über den ebenfalls bekannten [REDACTED] für den 31.10.1988 eine weitere Andacht in der Gethsemanegemeinde zu organisieren.

In der Nacht vom 26./27. 10. 1988 sollen Einladungen an Eltern und Schüler im Zusammenhang mit den Ereignissen an der EOS "Carl von Ossietzky" hergestellt worden sein. Die Einladungen sollen den Hinweis auf die Andacht am 28. 10. 1988 enthalten (Maßnahmen zur Überprüfung wurden eingeleitet).

BSTO
000031

2

Unabhängig davon hatte am 24. 10. 1988 in der Wohnung des operativ bekannten [REDACTED] eine Zusammenkunft der sogenannten Initiative für Frieden und Menschenrechte stattgefunden. Der hinlänglich bekannte [REDACTED] äußerte hierbei die Absicht, ein Informationsmaterial zu den Ereignissen an der "Carl-von-Ossietsky-Oberschule" zu erstellen und zu verteilen.

[REDACTED] äußerte die Absicht, das Informationsmaterial am 29./30. 10. 1988 in Leipzig zu verteilen. [REDACTED] kündigte an, eine Veranstaltung in der Gemeinde-Pädagogenschule Potsdam vom 28. bis 30. 10. 1988 ebenfalls zur Verteilung zu nutzen.

Zur vorbeugenden Unterbindung dieser feindlich-negativen Aktivitäten wird vorgeschlagen:

1. Am 28. 10. 1988 wird ein von der Weide, Manuela gewünschtes Gespräch bei Rechtsanwalt [REDACTED] genutzt, um dieser eindeutig die Rechtslage entsprechend der Schulordnung vom 29.11.1979 zu erläutern, wonach relegierte Schüler nach Ablauf eines Jahres die Wiederaufnahme des Studiums beantragen können. In diesem Zusammenhang soll der Weide eindringlich klargestellt werden, daß Voraussetzung für eine positive Entscheidung eines solchen Antrages die zwischenzeitliche Bewährung der entsprechenden Schüler ist. Sie soll aufgefordert werden, die betroffenen Schüler und Eltern dazu anzuhalten, jegliche politischen Provokationen und Versuche erpresserischer Druckausübung zu unterlassen.
2. Am 27. 10. 1988 wurde durch Staatssekretär LÖFFLER in einem Gespräch mit Generalsuperintendent KRUSCHE die eindeutige staatliche Forderung erhoben, die Veranstaltung am 28.10.1988 zu unterbinden. KRUSCHE erklärte, daß er in Übereinstimmung mit der Kirchenleitung dafür Sorge tragen werde, daß eine solche von der Kirche nicht genehmigte Veranstaltung nicht stattfindet.
3. Zur Feststellung von Organisatoren der "Andacht" am 28.10.1988 wird neben anderen operativen Überprüfungsmaßnahmen der [REDACTED] (Teilnehmer an der Zusammenkunft in der Wohnung der [REDACTED] am 25. 10. 1988) zugeführt und durch die HA IX befragt.
4. [REDACTED] und [REDACTED] sind bei Fahrten nach Leipzig bzw. nach Potsdam unter operative Kontrolle zu stellen und an ihren Zielorten auf der Grundlage des VP-Gesetzes zuzuführen und zu durchsuchen. Festgestellte Informationsmaterialien sind einzuziehen. Im Ergebnis der Maßnahmen wird über rechtliche Sanktionen entschieden.

BS
00003
3

5. Durch die BV Berlin ist im Zusammenwirken mit der DVP am 28. 10. 1988 ein Sicherungseinsatz im Bereich der Zionskirche zu organisieren. Alle Versuche von Zusammenrottungen in der Öffentlichkeit, Durchführung von Demonstrationen, Mahnwachen u. ä. sind durch Zuführungen der Beteiligten zum Zuführungspunkt des MfS, Magdalenenstraße, unverzüglich zu unterbinden.

Hauptabteilung XX

Berlin, 29. Oktober 1988

Streng geheim

BStU

000007

gef. ⁷ Exemplare⁵ Exemplar

Nr. 651 / 88

Information

Über Inhalt und Verlauf der sogenannten Informationsandacht am 28. 10. 1988 in der Zionskirchgemeinde im Zusammenhang mit der Relegierung von vier Schülern der EOS "Carl von Ossietzky", Berlin-Pankow

Am 28. 10. 1988 fand in der Zeit von 18.00 bis 19.15 Uhr in der Zionskirchgemeinde Berlin-Mitte eine sogenannte Informationsandacht zu den erfolgten Relegierungen der vier Schüler der EOS "Carl von Ossietzky" statt.

An der Veranstaltung nahmen ca. 150 - 180 Personen teil, zumeist Jugendliche aus kirchlichen Basisgruppen. Unter den Teilnehmern befanden sich die bekannten feindlich-negativen DDR-Bürger [REDACTED], [REDACTED], [REDACTED] und [REDACTED] sowie die Pfarrer HÜLSEMANN, [REDACTED], SIMON und [REDACTED].

Anwesend waren des weiteren die relegierten Schüler Philipp LENGSFELD, Benjamin LINDNER und [REDACTED]. Während der Veranstaltung traten sie nicht in Erscheinung.

Eine Öffentlichkeitswirksamkeit ging von der Informationsandacht nicht aus.

Zur vorbeugenden Verhinderung aller Versuche zur Inszenierung politischer Provokationen im Zusammenhang mit der Relegierung der vier EOS-Schüler wurden erforderliche Maßnahmen eingeleitet und konsequent durchgesetzt:

BStU

000008

2

- Am 27. 10. 1988 wurde vom Staatssekretär für Kirchenfragen, Genossen Kurt Löffler, in einem Gespräch mit Generalsuperintendent KRUSCHE die Forderung an die Kirchenleitung erhoben, keine Veranstaltung zuzulassen, die sich mit den Relegierungen an der EOS "Carl von Ossietzky" befaßt und in diesem Zusammenhang zu provokativen Aktivitäten und zur Organisierung politischer Provokationen mißbraucht wird. KRUSCHE gab die Zusicherung, in Übereinstimmung mit der Kirchenleitung werde er dafür Sorge tragen, daß eine solche Veranstaltung nicht stattfindet.
- Die bekannte feindlich-negative DDR-Bürgerin [REDACTED] wurde am 27. 10. 1988 mit dem Ziel der Unterbindung feindlich-negativer Aktivitäten durch das MfS belehrt.
Mit der [REDACTED] Manuela Weide führte Rechtsanwalt [REDACTED] am 27. 10. 1988 ein Gespräch zur Einflußnahme auf sie, die betroffenen Schüler und deren Eltern dazu anzuhalten, jegliche politische Provokationen zu unterlassen.
- Zur vorbeugenden Verhinderung von Provokationen erfolgte am 28. 10. 1988 durch das MfS die Zuführung von vier hinlänglich bekannten feindlich-negativen DDR-Bürgern.

BStU

000011

Anhang

Erarbeiteten internen Hinweisen zufolge trafen sich nach Abschluß der Informationsandacht mehrere bisher nicht identifizierte Personen in den Kellerräumen der Zionskirchgemeinde zu einer Zusammenkunft.

Beschlossen wurde die Eröffnung eines "Informationsbüros" ab 29. 10. 1988, 14.00 Uhr, in den Räumen der "Umweltbibliothek" sowie die Durchführung einer Informationsveranstaltung am gleichen Tag um 18.00 Uhr

Beraten wurden des weiteren mögliche Maßnahmen, um die Aufhebung der Relegierung der vier EOS-Schüler zu erzwingen. In Betracht gezogen wurde die Organisierung von Mahnwachen, Schweigenmärschen und Sitzblockaden sowie die Herstellung und Verbreitung von Flugblättern.

Es wurde der Vorschlag unterbreitet, die Gedenkfeiern anlässlich der faschistischen Pogromnacht zu nutzen und eine Parallele zwischen der Relegierung jüdischer Schüler von den Bildungseinrichtungen Nazideutschlands und der erfolgten Relegierung der Schüler von der EOS "Carl von Ossietzky" zu ziehen. (Wurde von der Mehrzahl der Versammelten abgelehnt).

Nach inoffizieller Einschätzung stehe fest, daß im Falle der Nichtrücknahme der Relegierungen "DDR-weite" Fürbittgottesdienste durchgeführt werden.

Information erhalten auch die Gen. Herrmann, Hager, Krenz, Jarowsky, Schabowski, Bellmann und Löffler

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Mon
BSTU
000001

Streng geheim!
Um Rückgabe wird gebeten!

- 1. Hon
- 2. Herr
- 3. Hag
- 4. Kre
- 5. Jarow
- 6. Schab
- 7. Bell
- 8. Löff
- 9. Mithig
- 10. Nei
- 11. Schw
- 12. HA I/Ltr.
- 13. HA IX/Ltr.
- 14. HA XX/Ltr.
- 15. BV Bl/Ltr.

Berlin, den 29. X. 88
yja

Blatt
8 " Anlage
Exemplar

Nr. 465 / 88

INFORMATION

über

die Durchführung einer sogenannten Informationsandacht im Jugendraum der Zionskirchgemeinde Berlin

Am 28. Oktober 1988 fand in der Zeit von 18.00 Uhr bis 19.15 Uhr im Jugendraum der Zionskirchgemeinde eine sogenannte Informationsandacht im Zusammenhang mit den bekannten Vorkommnissen an der EOS "Carl von Ossietzky" in Berlin-Pankow statt.

An der Veranstaltung nahmen ca. 180 Personen teil. Dabei handelte es sich mehrheitlich um Vertreter kirchlicher Basisgruppen. Unter den Teilnehmern befanden sich die hinlänglich bekannten Personen [redacted], [redacted], [redacted] und [redacted] Manuela Weide sowie [redacted] und die Pfarrer Hülsemann, Passauer und Simon.

Des weiteren waren die relegierten Schüler Philipp Lengsfeld, Benjamin Lindner und der an eine andere EOS verwiesene Paul-Shenja Wiens anwesend.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BSTU
000002

Entsprechend zentraler Festlegungen wurden am 28. Oktober 1988 die Organisatoren bzw. Personen, die auf der Veranstaltung auftreten wollten, [REDACTED]

[REDACTED] kurzfristig zugeführt, um sie an der Teilnahme an der Veranstaltung zu hindern und die Hintergründe aufzuklären.

Im Verlauf der gemäß § 95 StPO durchgeführten Befragungen bestritten die zugeführten Personen eine aktive Beteiligung an der Vorbereitung der Veranstaltung. Klein bestätigte jedoch, den Text der "Einladung" (Wortlaut siehe Anlage 1) für die "Informationsandacht" verfaßt zu haben. Bei [REDACTED] wurden der Text einer maschinenschriftlich gefertigten "Erklärung der Initiative für Frieden und Menschenrechte" (Wortlaut siehe Anlage 2) sowie ein gedruckter Text mit der Überschrift "Mitglieder der Initiative für Frieden und Menschenrechte fordern die öffentliche Auseinandersetzung mit der Ausreiseproblematik und ihren Ursachen" sichergestellt.

(Dieser Text enthält eine Aufforderung an "Ausreisewillige", insgesamt 17 Fragen zu den Gründen ihres Ausreiseantrages zu beantworten. Die Erhebungen sollen laut Text dem Ziel dienen, die Ursachen für Ausreiseanträge zu "erforschen" und auf dieser Grundlage eine "Öffentlichkeit in der DDR herzustellen".)

Die Inhalte der "Einladung" und der "Erklärung" enthalten teilweise Angriffe gegen die staatlichen Entscheidungen.

Die [REDACTED] führte 6 Exemplare eines vervielfältigten vierseitigen Textes mit der Überschrift "Kurze Darstellung der Ereignisse in der EOS "Carl von Ossietzky" mit sich. (Wortlaut siehe Anlage 3)

Nach Abschluß der Befragungen wurden die zugeführten Personen zur strikten Einhaltung der Gesetzlichkeit aufgefordert und belehrt. Danach erfolgte im Zeitraum von 21.15 Uhr bis 22.00 Uhr zeitlich gestaffelt ihre Entlassung. Die Verdachtsprüfungshandlungen werden weitergeführt.

Manuela Weide

Neue Schönholzer Str.12
Berlin
1100

Tel.: 49 928 58



Ministerium für Volksbildung
- Minister -

Unter den Linden
Berlin
1086

Berlin, den 30.10.88

Werte Frau Minister!

Gegen die Schulstrafen, die gegen unseren Sohn, **Sebastian Weide** ausgesprochen wurden, haben wir beim zuständigen Bezirksschulrat Frau [REDACTED] am 12.10.1988 Beschwerde eingelegt. Wir haben diese Beschwerde ausführlich begründet. In einem mit dem 19.10.1988 datierten Schreiben wurde uns mitgeteilt, daß unsere Beschwerde ordnungsgemäß geprüft worden sei. Es wäre festgestellt worden, heißt es in dem Schreiben des Bezirksschulrates, daß die "entsprechend der Schulordnung vom 29.11.1972, GBL 1 Nr.44, Paragraph 33 Absatz 1c und 1d" ausgesprochene Schulstrafe rechtmäßig sei. Die angeführte Schulordnung enthält aber im Paragraph 33 weder einen Absatz 1c noch einen Absatz 1d. Während der Zeit der Prüfung unserer Beschwerde sind mit uns und mit unserem Sohn keine Gespräche über den Sachverhalt geführt worden. Wiederum wurde über unsere Köpfe hinweg entschieden. Es erfolgte auch keine Begründung für die Ablehnung der Beschwerde. Wir erwarten deshalb von Ihnen, daß Sie den Sachverhalt überprüfen und die ausgesprochenen Schulstrafen sofort gelöscht werden.

Mit sozialistischem Gruß

Weide

Weide

Kreisdienststelle Pankow

BStU

000028

Berlin, 3. 11. 1988
as-mö 32 216

26

Erstmeldung zu einer Schmiererei an der EOS "Carl von Ossietzky"
Berlin-Pankow

Am 2./3. 11. 1988 in der Zeit von 22.00 - 05.15 Uhr brachten bisher unbekannte Täter am Haupteingang der EOS in der Görschstr., Berlin, 1100 auf der Eingangstür und an der Wand rechts neben der Tür eine Schmiererei an.

Direkt auf der Eingangstür ein Fragezeichen - Größe 75 x 40 mm, an der Gebäudewand rechts in großen Blockbuchstaben das Wort

"WEITERFRAGEN"

Größe 20 cm Höhe, 260 cm Länge. Die Schriftbreite beträgt 2,5 cm.

Die Schmiererei wurde am 3. 11. 1988, 05.15 Uhr durch die Sekretärin der Schule festgestellt.

Maßnahmen

kriminaltechnische Sicherung durch VPI Pankow

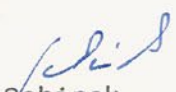
- Farbsubstanz und Vergleichsmaterial gesichert
- Standgeruchsspuren genommen
- fotografische Dokumentation
- Einsatz Fährtenhund - nahm Spur auf, lief über Schulhof, Durchgang zur anderen POS - Schulhof bis in die Neue Schönholzer Str. in Höhe Nebeneingang "Handelslager Waren täglicher Bedarf" gegenüber den Hausnummern Neue Schönholzer Str. 12/13.

Genosse Major Großer vor Ort.

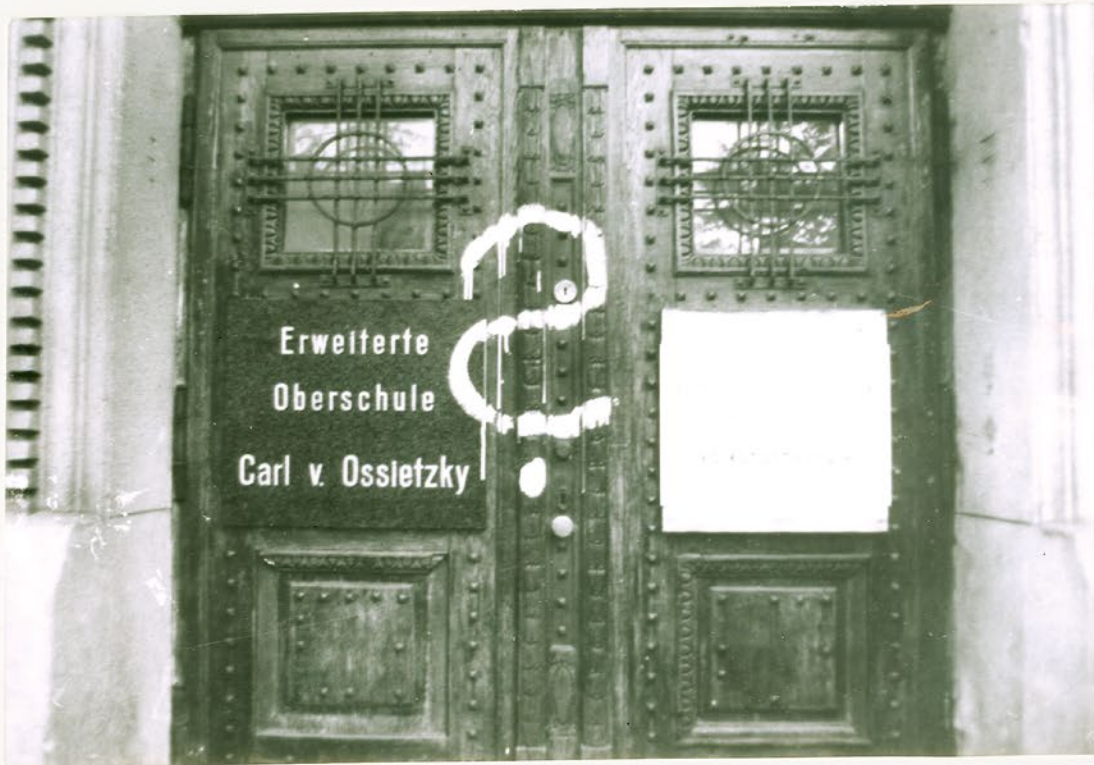
Durch Gen. Major Großer wurde ein Gespräch mit dem Direktor der EOS, [REDACTED], geführt. Konkrete Hinweise im Zusammenhang mit dem Sachverhalt wurden nicht bekannt.

Verteiler

5. Ex v KD Pkw., IS


Schinck
Ltn.

27



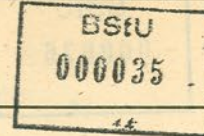
BSU
000029
x 4



K - Pankow

**MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRatischen REPUBLIK
MINISTERIUM DES INNERN
PdVP - Berlin
Kriminaltechnik**
Dienststelle

Berlin , den 03.11.88 19'



33

Bericht

405 / Pkw

Tgb.-Nr.

über den Einsatz eines Fährtenhundes

Einsatzanforderung am 03.11.88 gg. 06,20 Uhr

von K-Dienst Pankow über den K-Dienst des PdVP

Abfahrt zum Tatort gg. 06,25

Ankunft gg. 06,35

Vermutliches Fährtenalter ca. 3 - 10 h

Reg.-Nr. des Fährtenhundes 10742

Dauer der Fährtenarbeit von 06,40 bis 07,20

Fährtenlage ca. 250 m

Einsatzort K.-v.Ossietzky-EOS Görschstr.43/44 in Pankow 1100 (Hauswand)

Bodenverhältnisse Mosaikpflaster, grünanl.befestigte Gehwege, gute Bodenfeuchtigkeit

Witterungsbedingungen heiter, ca. -1°C, leichter Bodenwind, s.gute Luftfeuchtigkeit.

Zustand der Tatortsicherung für Fährtenhundeeinsatz E.-Ort ist gesichert, Personenbewegung im Ansatzbereich unterbunden.

Straftat oder Vorkommnis (evtl. kurzer Sachverhalt): unbekannte Täter haben mittels weißer Farbe eine Losung an die Hauswand der EOS geschmiert.

Ansatz des Fährtenhundes und Fährtenverlauf (bzw. Schilderung der Differenzierungsarbeit mit Gegenständen oder Personen): Der Fährtenhund wurde auf Mosaikpflaster unterhalb der Losung unmittelbar vor der Gebäudewand angesetzt. Er nahm intensiv Witterung, suchte erst zur Eingangstür kreiste hier kurz und suchte dann zum Zugang zur Görschstr. hinunter. Gleich darauf kehrte er um kreiste nochmal kurz und suchte dann erst zögernd, nachdem er an der Losung vorbei war und suchte er dann zügig über die Grünanlage in südlicher Richtung bis zum Schulhofzugang, bog hier sofort in östlicher Richtung ein und suchte dann zügig im Bogen über den Schulhof zum Hausdurchgang an der Hilsschule, dort hindurch und weiter den Weg zur Neuen Schönholzerstr. folgend zum Gehweg hinaus. Hier auf den befestigten Gehweg kreiste er kurz und suchte dann sofort zügig in südl.Richtung bis in Höhe des Hinteren Tores vom Lager GHG-OGS Mühlenstr.auf der westl.Gehwegseite. hier stellte er nach längerem Kreisen die Suche ein, er war trotz Unterstützung nicht zum weitersuchen zu bewegen. Er wurde dann auf die östl. Gehwegseite geführt und dort in südlicher Richtung mehrfach neu eingewiesen, er nahm jedoch keine Fährte an. auch am Zugang neben dem Gelände GHG-OGS zum Hof des Wohnblocks nahm er keine Fährte an. Er wurde dann nochmals am Zugang zu r Hilsschule auf dem Gehweg der Neuen Schönholzerstr. in nördl. Richtung neu eingewiesen. Aber auch hier nahm er keine Fährte an. Weiter Ansatzmöglichkeiten wurden nicht gefunden, deshalb mußte die Arbeit mit dem Fährtenhund abgebrochen werden.

KP 19 (87/11) Ag 106/85/04/05/06

A = Fährtenansatz
F = Fährtenende
- - - = Fährtenverlauf
FH = Führerhilfe

34

BSU
000036

Schulhof

Hilfssch.

Lagerhallen
OGS

Florasstr.

Heizung

N. Schenkerstr.

Görschstr.

K.-P. Dietrich-EGS

43
44

Fährtenverlauf (gestrichelt)

Fährtenansatz (A)

Fährtenende (F)

Führerhilfe (FH)

Durch die Fährtenarbeit wurden

a) als Täter festgestellt:

b) weitere Beweismittel gesichert (bzw. Hinweise für Täterermittlung gegeben):

Bemerkungen:

[Handwritten Signature]
Krim.-Omstr.
Unterschrift und Dienstgrad des Fährtenhundeführers

An alle Berliner
Gemeinden

BStU

Berlin am 04.11. 88

000170

OFFENER BRIEF

In großer Sorge und Betroffenheit wenden wir uns an Gemeinden in einer Angelegenheit, die seit Wochen Beunruhigung, Angst und Empörung auslöst.

In der "Carl von Ossietzky" EOS in Berlin Pankow gab es eine Möglichkeit des freien Meinungs austauschs, den man als beispielhaft bezeichnen kann. Dieser positive Ansatz ist nicht durchgehalten worden: Gegen einige Schüler, die sich kritisch und konstruktiv mit Gegenwartsfragen auseinandersetzen und dies in Artikeln zum Ausdruck gebracht haben, sind schwere Schulstrafen verhängt worden: Vier wurden von der Schule relegiert, zwei weitere wurden an andere Schulen versetzt, zwei erhielten einen Verweis. Diese Vorgänge, durch die das Vertrauen von Schülern mißbraucht wurde, fordern unseren Protest heraus. Wir wissen uns in diesem Protest einig mit vielen, die direkt und indirekt betroffen sind.

Mit Gemeindegliedern, weil wir als Christen nicht schweigen dürfen, wenn Unrecht geschieht, und weil Entmündigung, Unterstellungen und ungerechte Strafen im Widerspruch zum Evangelium stehen. Es gehört zu unserem Auftrag, dies in der Öffentlichkeit auszusprechen.

Mit Eltern, weil wir wollen, daß unsere Kinder zu aufrichtigen Menschen heranwachsen, deren Kreativität, Spontaneität und Ehrlichkeit nicht unterdrückt werden. Der Anpassungsdruck dem unsere Kinder ausgesetzt werden, schädigt die heranwachsende Generation und damit unsere ganze Gesellschaft.

Mit Pädagogen in Schulen, Kindergärten, Krippen und Heimen, weil über Unterschiede im pädagogischen und weltanschaulichen Ansatz hinweg, die Achtung vor der Persönlichkeit von Kindern und Jugendlichen zu unser aller Berufsauffassung gehört. Es ist unverträglich, wenn Mitarbeiter der Volksbildung durch Falschinformation oder Einschüchterung daran gehindert werden, die Interessen Jugendlicher zu vertreten und sie partnerschaftlich in ihrem Ringen um weltanschauliche und politische Positionen zu begleiten.

Wir rufen dazu auf:

- sich und andere genau über die Vorgänge in der Ossietzky-Oberschule zu informieren und Meinungen dazu öffentlich zu diskutieren. (eine Dokumentation dazu liegt diesem Schreiben bei)
- das Thema Volksbildung verstärkt in die inhaltliche Arbeit der Gemeinden einzubeziehen. Dabei können die Erfahrungen von einzelnen und Gruppen genutzt werden, die seit langem an dieser Thematik arbeiten. (Wir sind ggf. bereit, Kontakte herzustellen)
- den Inhalt dieses Briefes und der Dokumentation in Gottesdiensten, Gruppen und anderen Gemeindeveranstaltungen bekanntzumachen und dafür auch die Veranstaltungen der Friedensdekade zu nutzen.
- das Gespräch mit allen zu suchen, deren Anliegen es ist, sich kritisch und konstruktiv mit unserem Bildungswesen auseinanderzusetzen - über weltanschauliche Grenzen und Gemeindegrenzen hinweg.

Dieser Brief wurde von Berliner Jugendmitarbeitern angeregt und formuliert. Die beiliegende Dokumentation stützt sich auf Aussagen Betroffener.

Mit Grüßen aus dem
Stadtjugendpfarramt

Anlage

Monique Bickler *J. Paul F. ...*

Hauptabteilung XX

Berlin, 11. 11. 1988

XX/UK/13538/88
XX/VP/2757/88
X/7/7363/88
E.9/2077/88

Geisler

*Gen. Pankow
Gen. G...
Pankow
K...
XX*

BStU
000016

V o r s c h l a g

von Maßnahmen zur Verhinderung eines Mißbrauchs der Relegierung von Schülern der EOS "Carl von Ossietzky" Berlin-Pankow

Mit dem Ziel, alle vorhandenen politisch-operativen Mittel und Möglichkeiten zu nutzen, um eine positive Einflußnahme auf die Entwicklung der Lage im Zusammenhang mit den Vorkommnissen an der EOS "Carl von Ossietzky" zu nehmen, vor allem der Verhinderung des Mißbrauchs durch feindlich-negative Kräfte und feindliche Kräfte in den Evangelischen Kirchen im Hinblick auf den 11. und 20.11.1988 (Veranstaltungen der Kirche) sowie der Nutzung der Möglichkeiten, um Druck auf die Kirchenleitung auszuüben, um sie zu zwingen, die kirchlichen Veranstaltungen nicht gegen den Staat auszunutzen, werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

BStU

000024

9

Aufgaben und Maßnahmen, die von allgemeiner Bedeutung für die weitere Beruhigung der Lage sind:

Der Staatssekretär für Kirchenfragen teilt dem Bischof FORCK mit, daß er erwartet, daß alle Aktivitäten, insbesondere in bezug auf den 20. - Veranstaltung in der Erlöserkirche - unterlassen werden, welche die Beziehungen Staat - Kirche verschlechtern.

Die Einmischung in die Angelegenheiten der Volksbildung sind nicht zulässig.

Die betreffenden Schüler haben auf der Grundlage des Gesetzes vom

die Möglichkeit, nach einem Jahr den Antrag zu stellen, wo ihnen bei ggesellschaftlich loyaler Bewährung alle Möglichkeiten zum Erwerb des Abiturs an der Volkshochschule oder einer anderen Bildungseinrichtung gewährt werden.

GesetzblattNr.

Im Ergebnis der durchgeführten Maßnahmen soll erreicht werden, daß die betreffenden Elternteile und Schüler die von ihnen mit verursachte Situation erkennen und ausgehend von den Realitäten auch mit dazu beitragen, bestimmte negative Kräfte der Kirche von weiteren provokativen unterstützenden und organisierenden Handlungen abhalten. Dabei wird unter kirchlichen Kräften inoffizieller Einfluß mit gleicher Zielstellung genommen.

Das Hauptziel besteht darin zu erreichen, daß die geplanten kirchlichen Veranstaltungen am 20. 11. 1988 u. a. mit dem provokativem Inhalt nicht zustande kommen.

Information erhalten auch die Genossen Stoph, Hager, Herrmann, Krenz, Jarowinsky, Schabowski, Genn. Honecker, Gen. Bellmann, Löffler

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT *Hau*

BSU
000020

**Streng geheim!
Um Rückgabe wird gebeten!**

- 1. Hon
- 2. Sto
- 3. Hög
- 4. Herr
- 5. Kre
- 6. Joro
- 7. Schab
- 8. HonM
- 9. Bell
- 10. Löff
- 11. Mittag
- 12. Nei
- 13. Schw
- 14. HA II, Ltr.

Berlin, den *21. 11. 88*

- 15. HA IX, Ltr.
- 16. HA X, Ltr.
- 17. BV Blm, Ltr.
- 18. Ca
- 19. HA XX 14
- 20. Pff. 1
- 21. NLP.

Nr. 508 / 88

6 Blatt
"Anlage
Exemplar
22. 11. 88

INFORMATION

über

die Durchführung eines sogen. Informationsgottesdienstes in der Erlöserkirche Berlin-Lichtenberg

In Fortsetzung gleichgelagerter kirchlicher Veranstaltungen an den vergangenen Wochenenden (vgl. Informationen des MfS Nr. 465/88 vom 29. Oktober 1988 und 490/88 vom 5. November 1988) fand am 20. November 1988 in der Zeit von 19.00 bis 20.00 Uhr in der Erlöserkirche ein sogen. Informationsgottesdienst im Zusammenhang mit der Relegierung von Schülern der EOS "Carl von Ossietzky" in Berlin-Pankow statt.

Mit dem Ziel der vorbeugenden Verhinderung des politischen Mißbrauchs dieser und angekündigter weiterer analoger kirchlicher Veranstaltungen wurden am 18. November 1988 durch Mitarbeiter zuständiger staatlicher Organe Gespräche mit Konsistorialpräsident STOLPE und Generalsuperintendent KRUSCHE geführt. Ihnen wurden die diesbezügliche staatliche Erwartungshaltung erläutert und konkrete Auflagen zur Verhinderung provokatorisch-demonstrativer Aktivitäten erteilt. Beide kirchliche Amtsträger erklärten, in diesem Sinne Einfluß auf die geplanten Veranstaltungen nehmen zu wollen.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BStU
000021 ²

Am sogen. Informationsgottesdienst nahmen insgesamt ca. 1000 Personen teil - erneut mehrheitlich Mitglieder und Sympathisanten kirchlicher Basisgruppen und jugendliche Personenkreise sowie vereinzelt Übersiedlungersuchende.

Unter den Teilnehmern befanden sich solche hinlänglich bekannten Personen wie [REDACTED], Gerd und [REDACTED] und [REDACTED] sowie die kirchlichen Amtsträger Konsistorialpräsident STOLPE, Generalsuperintendent KRUSCHE, Pfarrer SIMON (Zionskirchgemeinde) und Pastorin [REDACTED]. Anwesend waren ferner Mitglieder in der DDR weilender Delegationen der Vereinigung "Internationale Ärzte zur Verhütung eines Nuklearkrieges (IPPNW), Sektionen BRD und Niederlande.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BStU ⁶
000025

Durch das MfS sind im Zusammenwirken mit den zuständigen Stellen geeignete Maßnahmen zur vorbeugenden Verhinderung öffentlichkeitswirksamer provokatorisch-demonstrativer Aktionen/Aktivitäten im Zusammenhang mit dem genannten "Aktionstag" am 27. November 1988 eingeleitet worden.

Die Information ist wegen Quellengefährdung nur zur persönlichen Kenntnisnahme bestimmt.

Mielky

Bekenntniskirche / Berlin-Treptow / Plessersstr.

Christen in Solidarität mit Schülern!

Wir laden ein zum Gespräch
über die Schüler
der C. von
Ossietsky
Schule



27.11.88
19³⁰

Wege zum Abbau von

FEINDBILDERn,
hin zur
FRIEDENS-
ERZIEHUNG ?!

BStU
000008

Es wird vorgeschlagen:

Der Staatssekretär für Kirchenfragen sollte im Zusammenhang mit den Vorkommnissen am 28. Oktober 1988 in den Räumen der Zionskirchgemeinde eine Aussprache mit Bischof Forck durchführen.

Er sollte dabei in grundsätzlicher Form derartige kirchliche Praktiken zurückweisen. Bischof Forck sollte dargelegt werden, daß die Kirchenleitung Berlin-Brandenburg ihre Glaubwürdigkeit verliert, da sie sich offen in staatliche Angelegenheiten einmischt.

Gen. Löffler sollte nachdrücklich fordern, den politischen Mißbrauch der Kirchen zu unterbinden und in diesem Sinne gegebene Zusagen strikt einzuhalten.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT



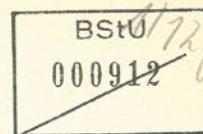
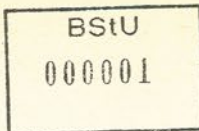
Analoge Gespräche sollten durch den Stellvertreter des Oberbürgermeisters der Hauptstadt der DDR für Inneres mit [REDACTED] und Generalsuperintendent Krusche und durch den Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Stadtbezirks Berlin-Mitte mit dem zuständigen Superintendenten und dem geschäftsführenden Pfarrer der Zionskirchgemeinde durchgeführt werden.

In allen Gesprächen ist die Disziplinierung von Pfarrer Simon, der die politisch-negativen Entwicklungstendenzen seiner Kirchengemeinde und in dessen Umfeld begünstigt, unter Berufung auf ein bereits erfolgtes Gespräch zwischen dem Staatssekretär für Kirchenfragen und Generalsuperintendent Krusche nachhaltig zu verlangen. Darüber hinaus ist zu fordern, daß keine Wiederholung einer derartigen Veranstaltung stattfindet.

Es wird geprüft, inwieweit gegenüber [REDACTED] rechtliche Sanktionen eingeleitet werden können.

Die Information ist wegen Quellengefährdung nur zur persönlichen Kenntnisnahme bestimmt.

Mielke



FREIE DEUTSCHE JUGEND · ZENTRALRAT

I. SEKRETÄR

sem

Alle

Mitglieder des Sekretariats
des Zentralrats der FDJ

1. Sekretäre der Bezirksleitungen
der FDJ

MfS

Liebe Genossen!

In Ergänzung meiner Information in der Beratung am 10. 11. 1988 übergebe ich Euch ein Material, das ebenfalls die Bezirksschulräte erhielten. Es nimmt zu den tatsächlichen Vorgängen an der Carl-von-Ossietzky-EOS in Berlin Stellung.

Dieses Material ist in der politischen Diskussion zu verwenden, um vor allen Dingen auf die EOS gerichtete Angriffe zurückzuweisen.

Ich bitte Dich, dafür zu sorgen, daß der politischen Befähigung und Anleitung der FDJ-Sekretäre der EOS eine besondere Aufmerksamkeit beigemessen wird.

F r e u n d s c h a f t

Eberhard Aurich

Berlin, 28. November 1988

Eberhard Aurich

Anlage

Zu pädagogischen Maßnahmen an der EOS "Carl von Ossietzky"
Berlin- Pankow

BStU
000913

Die Situation wird durch folgende Sachverhalte charakterisiert:
Am 26. 9. 1988 beschloß der laut Schulordnung bestehende Pädagogische Rat einstimmig, die Schüler

Kai Feller
Kätja Ihle
Philipp Lengsfeld
Benjamin Lindner

BStU
000002

auf Vorschlag des Direktors mit Schulstrafen zur Verantwortung zu ziehen und mit sofortiger Wirkung vom Unterricht zu beurlauben sowie die Relegierung zu beantragen und die Schüler

[REDACTED] und

Achim Weide

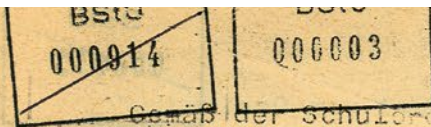
in eine andere EOS umzuschulen und die Schüler

[REDACTED] und

Achim Krüger

mit einem Verweis vor dem Schulkollektiv durch den Direktor zu bestrafen.

Der gewählte Elternbeirat hat am 28. 9. 1988 einstimmig entschieden, daß die getroffenen pädagogischen Maßnahmen angemessen und gerechtfertigt sind.



2

Gemäß der Schulordnung wurde die gewählte Grundorganisationsleitung der Freien Deutschen Jugend angehört. Unabhängig von den staatlicherseits an der Schule getroffenen pädagogischen Maßnahmen schlug die Grundorganisationsleitung der FDJ-Mitgliederversammlung vor, unter Bezug auf das Statut der Freien Deutschen Jugend die FDJ-Mitglieder Feller, Ihle, Lengsfeld und Lindner aus dem Verband auszuschließen.

Welche Gründe führten zur Entscheidung des Pädagogischen Rates?

An der Carl-von-Ossietszky-Oberschule gab es wie an allen Schulen eine sehr offene, lebhaft diskutierte Diskussion zu allen die jungen Leute bewegenden politischen Fragen. In dieser Diskussion haben viele Schüler ihre Fragen und Meinungen geäußert. Mit großer Geduld haben die Pädagogen der Schule die jungen Leute zum Nachdenken über das politische Geschehen angeregt und mit größter Toleranz auch jene Schüler behandelt, die immer wieder in sehr uneinsichtiger Weise Positionen vertraten und propagierten, die nicht nur von politischer Unreife zeugten, sondern die auch jede staatsbürgerliche Disziplin vermissen ließen.

Durch die Sammlung von Unterschriften versuchten sie, Unruhe zu stiften. Dies wurde den Schülern nicht unterstellt, sondern von ihnen selbst erklärt, indem sie äußerten, daß sie mit ihren Aktionen politische Wirkungen erzielen wollten und es ihnen nicht in erster Linie um die Klärung ihrer Fragen in der politischen Diskussion ginge.

Es gab bereits seit Anfang September, mit Benjamin Lindner bereits im vergangenen Schuljahr, viele Gespräche mit den Schülern. Die Pädagogen wurden unterstützt vom Jugendverband, von Eltern und gesellschaftlichen Kräften (Stattfinden von Jugendforen, Gesprächen, kollektiven Aussprachen usw.)

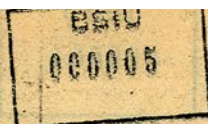
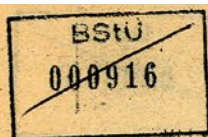
Es entstand eine Situation an der Schule, die die ehrlich arbeitenden Pädagogen und die absolut überwiegende Mehrzahl der Schüler die die Zeit nutzen müssen und nutzen wollen, diszipliniert zu lernen, ernsthaft störte.

BStU
000004

BStU
3
000915

Nachdem die Schüler Feller, Lindner, Ihle und Legsfeld eine nicht genehmigte Unterschriftensammlung anlässlich des Nationalfeiertages der DDR organisierten, die Schüler Lindner und Weide öffentlich einen Artikel verbreiteten, in dem sie die Machtbeteiligung von "Solidarnoc" und anderer oppositioneller Kräfte in der Volksrepublik Polen forderten, fanden erneut Aussprachen mit den Schülern statt mit der Zielstellung, politische Fragen zu klären. In den persönlichen Gesprächen waren einige Schüler nicht bereit, eine sachliche politische Diskussion zu führen. Es mußte festgestellt werden, daß diese Schüler feststehende Meinungen vertreten und sie sich nachweisbar zum Ziel gesetzt hatten, Verwirrung bei anderen zu stiften. So äußerten sich einige der Schüler, für die Schulstrafen ausgesprochen werden mußten, folgendermaßen:

- Wir stehen voll zu unseren Aktionen, um das Nachdenken weiter zu bewegen.
- Wir fordern die Realisierung von mehr Menschlichkeit, Versammlungsfreiheit, Pluralismus in der Presse, das Austragen von Meinungsverschiedenheiten in der Öffentlichkeit.
- Unsere Gesetze haben "Hintertüren" zur Durchsetzung der Macht des Staates und für willkürliche Auslegungen.
- Unser Volk ist ein Volk der "Ja-Sager". Die Menschen fliehen in Ersatzhandlungen. Konsumenten macht sich breit. Desinteresse, Gleichgültigkeit greifen immer mehr um sich, das ist auch an der Schule zu sehen.
- Die DDR ist starr und unbeweglich im Vergleich zur Sowjetunion, zu Ungarn, zu Polen. Es ist Zeit, daß sich auch bei uns etwas bewegt.
- Wir sind bereit, für unsere Auffassungen zu kämpfen, es geht nicht um Diskussionen von Problemen und Klärung von Fragen, sondern darum, Wirkungen zu erreichen.



4

- Wir brauchen unsere NVA, sind aber gegen die Demonstration von Waffen und Macht.

- Wir sind der Meinung, daß nicht genug gegen neofaschistische Tendenzen getan wird.

Entsprechend den geltenden Rechtsvorschriften (Schulordnung) wurden die genannten Schulstrafen ausgesprochen.

Die Schüler haben sich nun auch in Widerspruch gebracht zur Aufnahmeordnung für die Abiturstufe, in der es im § 2, Abs. 2, u.a. heißt: In die erweiterte Oberschule werden Schüler aufgenommen ..., die sich durch Leistungsfähigkeit und Bereitschaft sowie politisch-moralische und charakterliche Reife auszeichnen, ihre Verbundenheit mit der DDR durch ihre Haltung und gesellschaftliche Aktivität bewiesen haben.

Bei dieser Ordnung handelt es sich nicht um eine Ordnung für die obligatorische Schule, sondern für eine spezielle Bildungsstufe, auf deren Besuch kein Anspruch besteht.

Die pädagogischen Maßnahmen an der EOS "Carl von Ossietzky" hat der Direktor unter Beachtung aller rechtlichen Bestimmungen und gestützt auf die demokratischen Organe an der Schule korrekt durchgeführt. Entsprechend der Ordnung hat der Stadtbezirksschulrat diese Maßnahmen bestätigt. Diese wurden von Bezirksschulrat auf ihre Rechtmäßigkeit hin geprüft und in Kraft gesetzt.

Relegierungen werden in Ausnahmefällen ausgesprochen. Eingaben, die in dieser Angelegenheit an das Ministerium für Volksbildung gerichtet wurden, soweit sie die Personen betrafen, die erziehungsberechtigt oder -verpflichtet sind, wurden wie immer in solchen Fällen von einer ständig existierenden Kommission auf ihre Rechtmäßigkeit geprüft und die Angemessenheit der Schulstrafen und ihre Rechtmäßigkeit festgestellt.

000000

5StU
000917

Von den Pädagogen wurde viel Kraft und Zeit darauf verwendet, die Eltern bzw. die Erziehungsbeauftragten (z. B. die Großeltern von Kai Feller) für eine gemeinsame Einflußnahme zu gewinnen. Die Bereitschaft dafür war allerdings unterschiedlich.

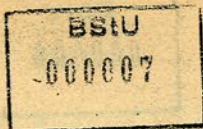
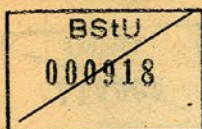
Die Eltern von [REDACTED], die Schülerin **Gabriele Conopke** [REDACTED] und des Schülers **Achim Krüger** [REDACTED] kamen zu einer realen und kritischen Wertung des Verhaltens ihrer Kinder und unterstützen die Maßnahmen der Schule. Beispielsweise hat Genosse [REDACTED] [REDACTED] in langen Gesprächen die Tochter zu ersten Einsichten und Konsequenzen geführt.

Es wurde sehr verantwortungsbewußt geprüft, welche pädagogischen Maßnahmen im Interesse der Hinführung jedes einzelnen auf eine positive Entwicklung erforderlich sind. Es wurden deshalb differenzierte Schulstrafen ausgesprochen.

Auf Grund ihres uneinsichtigen, provokativen Auftretens mußte bei Kai Feller, Benjamin Lindner, Philipp Lengsfeld und Katja Ihle die höchste Schulstrafe, die Relegierung angewendet werden. Sie zeigen derzeit nicht die politisch-moralische Reife, die erweiterte Oberschule zu besuchen. Diese Schüler erhalten die Möglichkeit, einen Beruf zu erlernen, der gute Voraussetzungen für die von ihnen bisher angestrebten Studienrichtungen schafft. Das gibt ihnen die Chance, sich in der beruflichen Ausbildung fachlich und gesellschaftlich zu bewähren.

Für **Sebastian Weide** [REDACTED] und für **Gabriele Conopke** [REDACTED] wurde als Schulstrafe eine Umschulung in eine andere erweiterte Oberschule vorgenommen. **Gabriele** setzt ihre Hochschulvorbereitung ohne Unterbrechung inzwischen an der EOS "A. v. Humboldt" fort. **Sebastian Weide** [REDACTED] hat die Ausbildung an der EOS "M. Planck" noch nicht aufgenommen - es liegt eine Krankschreibung vor.

Die Schüler **Achim Krüger** [REDACTED] und [REDACTED] erhielten einen Verweis.



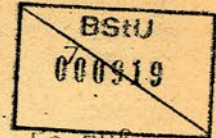
6

Die Lehrer und die Organe der Volksbildung tun alles, diese jungen Menschen auf den richtigen Weg zu führen.

Vorwiegend inspiriert durch die **Fam. Weide** werden gegen besseres Wissen dieser und anderer Verfasser in einem Papier in demagogischer Weise die ehrlich arbeitenden Lehrer dieser Schule, Vertreter der Volksbildung und des Jugendverbandes, die Mehrheit der Schüler und Parteifunktionäre verleumdete.

Es wird unterstellt, daß die Strafen deshalb ausgesprochen wurden, weil diese Jugendlichen gegen Neonazis seien, überzeugte Pazifisten seien (was diese selbst von sich nicht behaupten), daß sie die einzigen aufrichtigen und ehrlichen Schüler dieser Schule seien im Gegensatz zu allen anderen, die Heuchler wären.

Wie weit die Unterstellungen und Verleumdungen gehen, zeigt, daß in dem genannten Papier über einen Jugendfunktionär der Kreisleitung der Freien Deutschen Jugend folgendes behauptet wird: Er habe erklärt, "mit Schändern jüdischer Gräber und Skinheads könnte man zusammenarbeiten, aber nicht mit diesen Jugendlichen."



Dieses Papier ist eine bewußte Fälschung der Jatschaon. Es muß als eine Plattform angesehen werden, die bewirken soll, Personen und Institutionen, die über den Sachverhalt nicht informiert sind, irrezuführen und Zweifel an staatlichen Entscheidungen und pädagogischen Maßnahmen zu schaffen. Diese Feststellung wird dadurch gestützt, daß dieses Papier gerichtet wurde an die Zionskirche, an Redaktionen von Zeitschriften wie die "Weltbühne", an Schriftsteller und Journalisten, die in keiner Weise in dieser Angelegenheit zuständig sind.

Es muß abschließend festgestellt werden, daß mit großer Geduld und politischem Augenmaß von der Schule und den Volksbildungsorganen mit diesen Jugendlichen und ihren Erziehungsberechtigten bzw. Erziehungsbeauftragten gearbeitet worden ist. Alle Maßnahmen haben das Ziel, die Entwicklung der Jugendlichen zu guten Staatsbürgern der DDR zu gewährleisten und ihre berufliche Entwicklung sicherzustellen.

Zentraler Operativstab

Berlin, 30. 11. 1988

Dokumentation zur Fernsehendung "Kennzeichen D" des ZDF der BRD am 30. 11. 1988, 20.15 Uhr

Ein Bau in wilhelminischer Wucht, die Carl-von-Ossietszky-Schule in Ostberlin-Pankow. Aber nicht nur baulich hat der wilhelminische Obrigkeitsstaat Spuren hinterlassen. Das war schon immer so. Als härteste Schulstrafe bedrohte der Rausschmiß das deutsche Schülerschicksaal. Nur was als Schülervergehen gilt, darin haben sich die Zeiten gewandelt, sollte man meinen. Ausgerechnet an einer Carl-von-Ossietszky-Schule wurde Majestätsbeleidigung geahndet, Kritik am Staat DDR. Die Täter sind fast schon erwachsen aber eigentlich noch Kinder. Die Richter:FDJ, Schule und übergeordnete Instanzen. Das Urteil hat Reaktionen ausgelöst weit über den Ort der Schule hinaus. Giselher Suhr berichtet:

Es begann auf dem August-Bebel-Platz. Beim diesjährigem Kampftag gegen den Faschismus nahmen Schüler der Carl-von-Ossietszky-Oberschule mit eigenen Losungen teil. Zwischen den Hunderttausenden standen sie mit ihren Transparenten:

"Gegen faschistische Tendenzen" und
"Neonazis raus".

Einer von denen, die am 11. September mitgemacht haben, sagt aus:

Philipp Laengsfeld:

"Ja, na die Idee kam daraus das also sowohl meine Freunde als auch ich häufig, nein nicht häufig, aber doch öfter mal mit Skinheads bzw. anderen faschistischen Tendenzen vor allem so in Kneipengesprächen oder so konfrontiert wurden. Und es für uns daraus die Überlegung gab, was man dagegen machen könnte und so entstand die Idee dieser Demonstration ebend."

Frage: Was haben sie da gemacht auf dieser Demonstration?

"Ja, wir haben die Plakate nur hochgehalten und konnten sie aber nur eine Minute lang hochhalten und dann sagten die Kollegen von der Staatssicherheit, daß wir die bitte runternehmen sollen."

Schüler die dem Namensgeber ihrer Schule Ehre machen wollten, Carl von Ossietzky, Antifaschist und Pazifist und eine Schule die dafür sogar in ihren eigenen Wänden Freiraum schuf. Eine "Speakerscorner", ein Schwarzes Brett, wo Schüler eigene Artikel zur Diskussion stellen konnten. Zur Parade am DDR-Nationalfeiertag war am schwarzen Brett der Schule nachzulesen: "Die Panzerrollen in einer Zeit über die Straßen, in der gerade vertrauensbildende Maßnahmen gemeinsame Sicherheit schaffen sollen. Dem internationalen Ansehen der DDR würde ein Verzicht auf die Militärparade guttun."

BSU
000020

2

Als Anregung zum Nachdenken hängten die Schüler ein Gedicht ans schwarze Brett des "Speakerscorner" -
Quelle die "Volksarmee":

Du meine

Ich denk noch an einst
an sonnigen Tagen
hab stolz dich
übern Bach getragen ...

Was anmutet wie das Liebesgedicht eines Soldaten an die Braut, entpuppt sich erst in der letzten
Zeile als obzöne Waffenverherrlichung, als Ode an das Schnellfeuergewehr Kalaschnikow,

... und lieg ich bei dir
zur Mondesnacht
dein Anblick
mich ganz sicher macht.
Ich weiß warum
ich kenn dein Wie
du,
Kalaschnikow-MPi.

Als dann aber noch 37 Schüler den Artikel gegen die Militärparade unterschrieben, begann die
Schule und der Staat ein Kesseltreiben. Ergebnis: Vier Schulverweise.

Philipp Laengsfeld :

"Ja das entscheidene an dem Gespräch war, daß die Atmosphäre sehr gespannt war. Alle Erwachsenen
redeten heftig auf mich ein. Ich wurde dann immer gefragt und wurde dann auch häufig unterbrochen
und der Ton war nicht gerade freundlich. Eine Frau, die mir nicht vorgestellt wurde, versuchte mich
dreimal zu provozieren mit Fragen. Ale dahingehend, was ich alles an der DDR schlecht finde und so.
Auf diesem Niveau versuchte sie mich zu provozieren."

Frage: Was wurde denn da konkret vorgeworfen?

"Ja das ich den Schülern Meinungen aufzwingen wollte, das das alles genau geplant war, das eine
Gruppe existiert hat und das die Teilnahme an der Demonstration eine Provokation gewesen wäre."

█ Mutter des Philipp Laengsfeld :

"Es hat vier Wochen gegeben in denen dieser Fall der Öffentlichkeit praktisch nicht bekannt war. Die
Behörden der DDR haben aber diese Zeit verstreichen lassen, ohne diesen Fall positiv zu entschlei-
gen."

BSU
00022

3

Auf dem Weg zu einer Protestveranstaltung unter dem Dach der Kirche. Woche für Woche versuchen so engagierte Bürger, Freunde und Angehörige der Schüler die Rücknahme der Schulverweise zu erreichen. Von Philipp, Benjamin, Katja und Kai. Die hier kommen, wollen nicht hinnehmen, daß die Schulen der DDR Untertanenfabriken sind, wie es in einem Flugblatt heißt. Deutliche Wort kommen auch von Vertretern des DDR-Kirchenbundes. Die Westberliner Alternativsendung "Radio Glasnost" sorgte für deren Verbreitung.

Manfred Stolpe, Stellv. Vorsitzender des DDR-Kirchenrates:

"Die Betroffenheit kommt keineswegs nur aus Gruppen, die für gesellschaftliche Prozesse besonders wichtig sind. Diese Betroffenheit geht bis tief in die Kerngemeinden hinein. Viele fühlen sich erinnert an Zeiten, die über 30 Jahre zurückliegen, weil sie meinen, hier sind unverhältnismäßig hart Entscheidungen getroffen worden."

Günter Krusche, Generalsuperintendent der ev. Kirche Berlin-Brandenburg:

"Die Gleichgültigkeit ist auch allemal der Gegensatz zu Frieden und Versöhnung. Unentschiedenheit macht uns mitschuldig, wenn Unheil droht. Und deshalb, meine lieben Freunde, können wir jetzt nicht so tun, als ginge es uns nichts an, wenn an einer bislang als fortschrittlich bekannten erweiterten Oberschule in sektiererischer Enge Schüler gemäßregelt wurden, nur weil sie offen und rückhaltlos und auch ungeschützt, wie das nur Jugendliche können, Ängste und Befürchtungen ausgesprochen haben."

Zwischen der Carl-von-Ossietszky-Schule Pankow und Cambrigde/England liegen Welten. Trotzdem führt eine Verbindung von Ost-Berlin hierher. Für [REDACTED] und ihren Sohn Philipp. Sie mußte nach Verhaftung und Verurteilung die DDR für ein Jahr verlassen. Studium in England oder Knast in der DDR war ihre Alternative. Ihr Sohn Philipp hätte mitgedurft, er wollte bleiben. Aber dann kam der Schulverweis und er reiste zu seiner Mutter. Hier in England hoffen jetzt beide auf eine gute Ende in der DDR, das für Philipp Abitur an der Carl-von-Ossietszky-Oberschule heißt.

Frage: Würden sie das alles noch mal machen?

Philipp Laengsfeld:

"Nein, nicht also, je es ist schwierig, aber ich habe allgemein immer gesagt und ich glaube, das ist auch das einzig mögliche was man da sagen kann. Wenn ich also gewußt hätte, an welchem Punkt wir da die imaginäre Grenze überschritten haben, dann hätte ich sie nicht überschritten, denn ich finde, es ist zu früh für unsere Wesen diesen Konflikt auszustreiten, vom Alter her. Ich bereue nicht, weil ich die Vorwürfe auch absurd finde und so, finde ich nicht, daß wir etwas falsch gemacht haben, aber dadurch das die Reaktion so heftig war und wenn ich gewußt hätte, daß das so heftig gewesen wäre, hätte ich es nicht gemacht."

BSrU
00023

4

Eine Bildaufzeichnung liegt beim ZOS vor.

Verteiler:

Genosse Generaloberst Mittag
Hauptabteilung XX-Leiter
ZOS - Leiter

GIM Carbach
Gh Jander

BStU
000024

BStU 000078

2

- Umfeldbibliothek der Basisgemeinde Christus im Kirchenkreis Halle
- Vorbereitungskurs der Nachtgebete beim evangelischen Kirchenkreis Halle
- Bund der evangelischen Kirchen in der DDR, Kommission kirchliche Jugendarbeit.

Darüber hinaus treten in Einzelfällen Mediziner (14 Personen) und Angehörige der wissenschaftlich-technischen Intelligenz mit Schreiben/Eingaben auf, unter denen sich u. a. zwei Angehörige der IPPNW befinden.

Ein Schreiben wurde anonym (Leipzig) und ein Schreiben pseudonym (Berlin) verfaßt.

Territoriale Schwerpunkte bilden:

Berlin	34
Dresden	6
Brandenburg	5
Jena	4
Potsdam	3
Wismar	3
Halle	3
Stendal	2

Aus den Orten Dresden, Forst, Großbreitenbach, Henningsdorf, Leipzig, Müncheberg, Putlitz, Seiffenndorf, Teterow und Weimar liegt jeweils ein Schreiben vor.

Aus der BRD und Westberlin meldeten folgende Organisationen/Einrichtungen

- Internationale Liga für Menschenrechte
- Pax Christi - Internat. Katholische Friedensbewegung BRD
- Kreisverband der Grünen, Düsseldorf
- Bezirksverband Kreuzberg - GEW Berlin/West
- AG Friedenszentrum Trier/BRD
- AL für Demokratie und Umweltschutz Berlin/West, BVV Kreuzberg

sowie zwei Einzelpersonen und eine Schulklasse ihren Protest an.

**MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRatischen REPUBLIK**
Ministerium für Staatssicherheit

BSU
000171

162

~~Hauptabteilung~~/Abteilung/Referat VIII/7
Bezirksverwaltung/Verwaltung Berlin
Sachbearbeiter Bolz
Telefon 41 862

VfS / B
- 25 -
19 OKT 1989
Tgb.Nr. 7330
Weiter an: *ferrel* *MS*

Hauptabteilung/Abteilung Berlin den., 11.10.1989
Bezirksverwaltung/Verwaltung
Kreis-/Objektdienststelle
des Ministeriums für Staatssicherheit

Beobachtungsbericht

Betr.

Wohnhaft

Decknamen "Geburtstag" Reg.-Nr. des Auftragsersuchens
Für die Zeit vom 03.10.89,17.00 Uhr bis 03.10.89,24.00 Uhr
04.10.89,00.00 Uhr bis 04.10.89,06.30 Uhr
04.10.89,17.00 Uhr bis 04.10.89,24.00 Uhr
05.10.89,00.00 Uhr bis 05.10.89,06.00 Uhr

03.10.89
17.00 Uhr wurde die Beobachtung an der Carl-von-Ossietzky-Ober-
schule begonnen.

04.10.89
06.30 Uhr wurde die Beobachtung auftragsgemäß unterbrochen.
In diesem Zeitraum waren keine auftragsbezogene
Ereignisse eingetreten.

04.10.89
17.00 Uhr wurde die Beobachtung an der Carl-von-Ossietzky-
Oberschule wieder aufgenommen.

05.10.89
06.00 Uhr wurde die Beobachtung auftragsgemäß unterbrochen.
Es waren keine Vorkommnisse festzustellen.

Leiter der Abteilung
[Signature]
Gützlaff
Oberst
174 374 100.0

Referatsleiter
[Signature]
Bolz
Major

„Der Spiegel“ No. 47
20. 11. 89

Jugend

Sensible Themen

BSU
000054

Ein Jahr nach dem Rauschmiß von sechs Schülern einer Ost-Berliner Schule berichtete das DDR-Fernsehen über die Hintergründe.

Die DDR-Volksbildungsministerin Margot Honecker und der verantwortliche Staatssekretär sind nicht mehr im Amt, die Schulinspektorin zeigt sich betroffen, der Direktor der Ost-Berliner „Carl von Ossietzky“-Oberschule empört sich. Ein Jahr nach dem Rauschmiß von sechs Ost-Berliner Schülern schieben sich die Verantwortlichen gegenseitig die Schuld für die Vorgänge zu. Was aber wurde aus ihren Opfern?

Die beiden DDR-Journalisten Klaus Flemming und Dieter Herrmann fanden fünf der gefeuerten Schüler „nicht in der Schule, aber im Lande“. Mit ihrer Hilfe rekonstruierten sie in der Fernsehreportage „Ein Rauschmiß – und nun?“ einen „bedrückenden Fall von Machtmißbrauch“ – einen von vielen.

Es begann am 12. September vorigen Jahres in der „Speaker's Corner“ (SPIEGEL 44/1988). Am Schwarzen Brett ging es um die polnische Gewerkschaft Solidarność und den Sinn von Militärparaden in der DDR. Das waren, so die Filmautoren, „damals besonders sensible Themen“. Die Forderung nach einem Verzicht auf die alljährliche Ost-Berliner Militärparade unterschrieben 37 Schüler, bevor Direktor Rainer Forner die Aktion kurzerhand beendete.

Als kurz darauf ein Gedicht aus der Zeitung *Volksarmee* am Aushang auftauchte, in dem ein Soldat seine Liebe zu einer Kalaschnikow-MPi pries: („Ich



Gefeuerte Schüler Feller, Ihle: „Völlig in die Enge gedrängt“

DER SPIEGEL 47/1989 45

BStU
000055

DDR

streif mit dir zur Mondesnacht, dein Anblick mich ganz sicher macht“), griff der Machtapparat zu. Vier Schüler wurden relegiert, zwei andere zwangsversetzt.

„Zur Zuspitzung kam es“, so der aus der elften Klasse relegierte Kai Feller, „weil wir das Gedicht mit einer Lehrformel versehen hatten: Ein Gedicht, das uns zum Nachdenken angeregt hat.“

„Schon am nächsten Tag“, so die Jugendlichen, „wurden wir zu Verhören in das Büro des Direktors geholt“, wo sich Parteisekretäre, Lehrer und der Schulleiter versammelt hatten. „Es war eine Situation“, erzählt die aus der elften Klasse relegierte Katja Ihle, „wo man sich völlig in die Enge gedrängt fühlte“; man wollte „Gesinnungen prüfen“.

Die Jugendlichen wurden gefragt, wie sie zur DDR stünden und ob sie nicht ausreisen wollten. „Was sollte man darauf antworten?“, fragen die Schüler heute. „Jedes Wort“, so Kai, „konnte mir im Munde rumgedreht werden, was ja später auch passiert ist.“ Und Katja berichtet, sie sei später mit Aussagen aus dem Gesprächsprotokoll konfrontiert worden, die sie so nicht gemacht habe.

Tatsächlich, so die Autoren, hätten Schulinspektoren, FDJ-Vertreter und Direktor bei diesen – laut Schulakte – „vertrauensvollen Gesprächen“ versucht, „den ersten Schritt abzusichern“: den FDJ-Ausschluß der Jugendlichen. Und der ließ nicht lange auf sich warten.

Schon wenige Tage später kam es zu sogenannten Ausschlußsitzungen in den Klassen. Anwesend waren auch hier wieder Vertreter der FDJ, der Schulinspektion und Direktor Forner, der aus den Gesprächsprotokollen zitierte, ohne daß die Betroffenen sie jemals gesehen hatten. Der Vorwurf: „Antisozialistische Plattformbildung im Blauhemd“. Vor der Abstimmung, so Kai, habe der Schulleiter noch einmal gewarnt: „Sie wollen doch alle ein Abitur machen.“ Auf den Einwand einer Mitschülerin, sie wolle erst einmal selbst mit den Betroffenen sprechen, ergänzt Katja, „hat der vom Zentralrat gesagt, wir wollen aber eine schnelle Entscheidung“.

Und die gab es dann auch. Katja und Kai wurden mit nur wenigen Gegenstimmen von ihren Schulkollegen aus der FDJ ausgeschlossen. Anders erging es Benjamin Lindner aus der Zwölften, wo die „nötige Zweidrittelmehrheit“ für den Ausschluß nicht zustande kam.

Das Schnellverfahren des Parteiapparates hatte einen Grund. Bereits vor den Versammlungen hatte die ehemalige Volksbildungsministerin Margot Honecker die Ausschluß-Urkunden unterschrieben, auch im FDJ-Zentralrat, so berichtet Kai, „war bekanntgegeben worden, wer von der Schule geflogen ist“.

Dieses Vorgehen bestätigt Jörg Richert vom FDJ-Zentralrat, der sich damals noch bei seinen Genossen für die Schüler



Schuldirektor Forner
Allein gegen das Ministerium?



Inspektorin Heidamke
„Ich warne dich“

einsetzte. Richert heute resigniert: „Es ging nur darum, einen Vorlauf“ für die Relegationen zu schaffen.

Und das gelang dem Staatsapparat ohne große Widerstände. Katjas Lehrerin, Petra Lange, resümiert die Treffen mit den Schulinspektoren: „Mir wurde erst im nachhinein klar, daß diese Gespräche nur benutzt wurden, um Material zu haben, das man gegen die Schüler ins Feld führen konnte.“ Gewundert habe sie sich allerdings darüber, daß unter Führung einer Frau Dr. Heidamke die Gespräche „fast in Verhöre ausarteten, so daß Katja in Tränen ausbrach“.

Die Inspektorin verlangte von der Lehrerin, „daß du heute abend die Schüler dazu bringst, daß sie den FDJ-Ausschluß beschließen“. Als die Pädagogin sich weigerte, habe die Inspektorin gedroht: „Ich warne dich.“

Am 30. September 1988 wurde eine Schülervollversammlung einberufen. Wie zum Appell üblich, mußten sich die Schüler hufeisenförmig aufstellen. Der Direktor trat in die Mitte und, so Kai,

„verlas die Anklageschrift: Angriffe gegen die sozialistische Gesetzlichkeit, staatsfeindliche Aktivitäten, antisozialistisches Verhalten“. Jeder einzelne, so berichten die Schüler, habe mit gesenktem Haupt vortreten müssen und wurde aus der Aula gewiesen – „durch den Ausgang, raus auf die Straße“.

Die Lehrerin Lange berichtet ein Jahr danach, sie sei nach dem Appell in eine zwölfte Klasse gegangen. „Dann heulte ich, und dann weinte ein Teil der Schüler.“

Ihr Kollege Manfred Will rückblickend: „Wir gingen wie gelähmt in unsere Klassen. Aber die Ordnung war wiederhergestellt, es war gewissermaßen ein himmlischer Friede.“ Ein „pädagogischer Vandalismus“, aber, so der Pädagoge, „da oben sitzen Leute, die durchpeitschen, was von ihnen verlangt wird, oft kritiklos und bedenkenlos, und wir sind alle von ihnen abhängig“.

Hilflosigkeit auch beim immer noch amtierenden Schuldirektor Forner. Auf die Frage, ob das Geschehen hätte verhindert werden können, antwortet er: „Es hätte vielleicht passieren können, daß man den Direktor der Schule abberuft, es hätte passieren können, daß ich von selbst meine Funktion niederlege.“ Erst als dritte Alternative erwägt Forner: „Ich hätte auch versuchen können, die Schule in den Kampf zu führen“, aber: „Ein Direktor allein gegen das Ministerium für Volksbildung?“

Auch die Stadtschulrätin hält an alten Positionen fest. Erst Anfang dieses Monats erklärte sie: „Es war damals die einzige Möglichkeit, den normalen Schulablauf zu gewährleisten.“ Das jedoch mochte Forner nicht auf sich sitzen lassen und konterte: „Entgegen dem Vorhaben der Schule, wurden wir am 20. September 1988 angewiesen, die Situation zuzuspitzen und Entscheidungen zu beschleunigen.“ Schulinspektorin Heidamke weist die Kritik von sich: Der Appell sei nicht von ihr veranlaßt worden.

Die Täter sehen sich als Opfer, die Schuldfrage bleibt offen. Konsequenzen aus dem unmenschlichen Verhalten zog allein der beteiligte Staatssekretär im Volksbildungsministerium, Werner Lorenz. Er stellte sein Amt zur Verfügung. Und der amtierende Volksbildungsminister Günther Fuchs teilte mit: „Die Schüler werden rehabilitiert und können ab sofort ihre Ausbildung fortsetzen.“

Mit schönen Worten aber, das machten die betroffenen Schüler in Gesprächen mit den Journalisten jetzt deutlich, sei es nicht getan. Sie wollen rehabilitiert werden, aber, wie Georgie von Chamier sagt, nicht so, „daß es irgendwann mal in der Zeitung steht“. Es gehe auch nicht um Wiedergutmachung. Katja Ihle: „Was wir in einem Jahr an Krisen durchgemacht haben“, könne gar nicht wiedergutmacht werden. „Im Prinzip sind da ja wirklich Welten zusammengestürzt.“ ◀

Abkürzungen und Erläuterungen

Abt. – Abteilung; hier: selbstständige Dienst Einheit im →MfS, Dienst Einheit in den Hauptabteilungen und den →BV des →MfS

Abt. IX – Abteilung Untersuchungen in →BV. →DE, die für die Bearbeitung von →UV auf der Grundlage eingeleiteter Ermittlungsverfahren zuständig war.

AOP – Archivierter Operativer Vorgang (OP wurden vom →MfS zu Personen angelegt, gegen welche die Staatssicherheit heimlich ermittelte.)

AKG – Auswertungs- und Kontrollgruppe (Stabsorgan des Leiters einer →BV, einer Hauptabteilung oder einer selbstständigen Abteilung im →MfS)

BKG – Bezirkskoordinierungsgruppe (koordinierte das Vorgehen des →MfS gegen Ausreisen und Republikflucht)

BStU – Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen; 1990–2021 Amt zur Sichtung, Bewahrung und Aufarbeitung der Stasi-Hinterlassenschaften

BV – Bezirksverwaltung für Staatssicherheit

BVfS – Bezirksverwaltung für Staatssicherheit

DDR – Deutsche Demokratische Republik

DE – hier: Dienst Einheit

erf. f. – hier: erfasst für (in den Karteien des →MfS erfasst)

E.-Ort – hier: Einsatzort

EOS – Erweiterte Oberschule; die zum Abitur führende höhere Schule in der DDR mit den Klassenstufen 9 bis 12 (ab 1981 nur noch Klassenstufen 11 und 12); in die EOS kam man nur durch eine Delegierung der POS (samt Genehmigung durch den Kreisschulrat) oder (in wenigen Ausnahmefällen) auf Antrag der Eltern; entscheidend für eine Zulassung waren, neben der schulischen Leistung und der sozialen Zugehörigkeit, vor allem die politische Einstellung und das politische Engagement.

EV – Ermittlungsverfahren; erster Abschnitt eines Strafverfahrens, das von der Staatsanwaltschaft mit Unterstützung durch die Kriminalpolizei geführt wurde. Politische Strafverfahren wurden in der DDR von der →Abt. IX des →MfS unter Hinzuziehung der Staatsanwaltschaft bearbeitet.

FDJ – Freie Deutsche Jugend (die von der →SED geführte Jugendorganisation in der →DDR)

FDJ-GO – FDJ-Grundorganisation. Die GO war die unterste Organisationseinheit und befand sich grundsätzlich im Arbeitsbereich (Betrieb, Schule). Sie wurde vom GO-Sekretär geleitet. War eine GO zahlenmäßig zu groß, wurde sie zusätzlich in FDJ-Gruppen untergliedert, denen ein Gruppensekretär vorstand. Im Schulwesen bildeten die FDJ-Mitglieder einer Schule die GO und jede Schulklasse eine FDJ-Gruppe.

FrL. – Fräulein; veraltete Bezeichnung für junge Mädchen und unverheiratete Frauen

GHG OGS – Großhandelsgesellschaft Obst/Gemüse/Speisekartoffeln

GOL – Grundorganisations-Leiter

HA – Hauptabteilung des →MfS

HA I/AKG – Hauptabteilung I/Auswertungs- und Kontrollgruppe des →MfS

HA XX – Hauptabteilung, zuständig für die Bereiche Staatsapparat, Justizorgane, Gesundheitswesen, Volksbildung,

Leistungssport, Kunst, Kultur, Medien, Jugend, Hochschulen, Kirche, gesellschaftliche Einrichtungen, auch Bekämpfung von „politischer Untergrundtätigkeit“

Hptm. – Hauptmann

IM – Inoffizieller Mitarbeiter des →MfS

KD – Kreisdienststelle für Staatssicherheit (→MfS)

KL – Kreisleitung; hier: der →SED

Krim.-Omstr. – Kriminal-Obermeister

Ltn. – Leutnant

MfS – Ministerium für Staatssicherheit der →DDR

NVA – Nationale Volksarmee (Bezeichnung für die bewaffneten Streitkräfte der →DDR)

ODF – Opfer des Faschismus

Oltm. – Oberleutnant

OPK – Operative Personenkontrolle (geheimer Vorgang des →MfS zur Aufklärung und Überwachung von Personen)

OSL – Oberstleutnant

Owm. – Oberwachtmeister der →VP

pol.-op. – hier: politisch-operativ, z. B. politisch-operative Maßnahme

PdVP – Präsidium der deutschen Volkspolizei in Ost-Berlin

PS – hier: Personenschutz im Zusammenhang mit Hauptabteilung Personenschutz (→MfS)

PUT – Politische Untergrundtätigkeit in der →DDR

SED – Sozialistische Einheitspartei Deutschlands

StGB – Strafgesetzbuch

Ultm. – Unterleutnant

UV – Untersuchungsvorgang (wurde im Zusammenhang mit der Einleitung eines →EV angelegt wegen Straftaten, die in die Zuständigkeit des →MfS fielen)

VP – Volkspolizei der DDR

VR – hier: Volksrepublik Polen

ZAIG – Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe beim →MfS für die analytische Aufbereitung der von anderen Abteilungen gesammelten Informationen und für die Kontrolle der Umsetzung dienstlicher Bestimmungen

ZOS – Zentraler Operativstab beim →MfS (selbstständige Abteilung zur Vorbereitung und Koordinierung der Überwachung von Großveranstaltungen sowie bei zentralen Aktionen)

Von der Schule verwiesen

Schülerprotest an der Berliner Carl-von-Ossietsky-Schule 1988

Auszug aus Stasi-Akten

Arbeitsanregungen für die Einzel- und Partnerarbeit

Klären Sie zur Erschließung des Inhalts einzeln oder in Partnerarbeit die folgenden Aufgaben:

- 1) Lesen Sie die Seiten 7, 8, 10 und 12. Durch welche Aktionen sind die Schüler ins Visier des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) geraten?
 - a. Welche Ziele bzw. Forderungen hatten die Schüler dabei?
 - b. Schätzen Sie ein, weshalb die Schüler dadurch für die Stasi verdächtig wurden.
- 2) Lesen Sie die Seiten 9, 13 und 14. Was wird hier notiert? Wer könnte die Unterzeichnende sein und wie gelangten die Notizen zum MfS?
- 3) Lesen Sie die Seiten 15–16, 17 und 40. Wie lief das Ausschlussverfahren ab? Wer waren die treibenden Kräfte? Wie reagierten die Schüler auf ihre Strafen?
- 4) Lesen Sie die Seiten 18, 19–21 und 26. Wie reagierten die Eltern und Mitschüler auf die Strafen?
- 5) Die FDJ rechtfertigte ihr Vorgehen und verteilte unter ihren Funktionären eine ausführliche Stellungnahme, um den Angriffen gegen sie besser zu begegnen. Lesen Sie die Seiten 39–46 und bewerten Sie diese Darstellung.
- 6) Lesen Sie die Seiten 22–23, 24–25, 32 und 33–38. Wie entwickelte sich der Protest gegen die Relegierung? Von wem wurde er gefördert?
- 7) Sehr bald nach dem Rauswurf der Schüler überschritt der Protest dagegen die Landesgrenzen der DDR. Lesen Sie die Seiten 47–50 und 51–52 und fassen Sie zusammen, wer sich mit den Schülern solidarisierte – und was Philipp Lengsfeld zu dem Fall im ZDF sagte.
- 8) Ein Jahr nach dem Vorfall hatten sich die politischen Verhältnisse in der DDR grundlegend geändert: Die Regierung war zurückgetreten, die Mauer war gefallen. Lesen Sie die Seiten 54–55. Wie stellen sich darin die Beteiligten dar?
- 9) Die öffentliche Äußerung einer eigenen Meinung hat die Schüler und Schülerinnen in diesem Fall in große Schwierigkeiten gebracht. Erörtern Sie, welche Schwierigkeiten man in Kauf nehmen sollte, wenn es um das Recht der freien Meinungsäußerung geht.

Von der Schule verwiesen

Schülerprotest an der Berliner Carl-von-Ossietsky-Schule 1988

Auszug aus Stasi-Akten

Arbeitsanregungen für die Gruppenarbeit

Gruppe 1

Eine höhere Schulbildung war in der DDR an das politische Bekenntnis zur DDR geknüpft. Lesen Sie die Seiten 17 und 39–46 und arbeiten Sie heraus, in welcher Beziehung die Positionen der FDJ und der relegierten Schüler voneinander abwichen. Erörtern Sie, ob der Rauswurf hätte vermieden werden können. Beachten Sie die historische Situation, in der das Ereignis stattfand.

Gruppe 2

Erörtern Sie die Rolle der Kirche in diesem Fall, staatlich relegierte Schüler zu unterstützen. Lesen Sie die Auszüge auf den Seiten 33–34 und formulieren Sie den Konflikt, der hier angedeutet wird aus: Welche Befürchtungen werden hier deutlich? Welche Aufgabe sollte Kirche Ihrer Meinung nach haben?

Gruppe 3

Lesen Sie den Bericht von „Ilona“ (IM) und den Bericht der Relegation auf den Seiten 13–14 und 15–16. Führen Sie ein Interview/eine Podiumsdiskussion mit verteilten Rollen und übernehmen Sie dabei die Positionen des Schuldirektors, der Lehrerin „Ilona“, einem Mitglied des Elternbeirates und einem betroffenen Schüler, die aus der heutigen Zeit zurückblickend die Schuldfrage über den Rauswurf der Schüler diskutieren.

Gruppe 4

Lesen Sie das Interview mit Philipp Lengsfeld in der Fernsehsendung „Kennzeichen D“ vom 30.11.1988 auf den Seiten 47–50. Diskutieren Sie, ob man bei der Durchführung einer Protestaktion immer absichern sollte, ohne persönliche Konsequenzen auszukommen und stellen Sie Ihr Ergebnis im Plenum vor.

Impressum

Herausgeber

Bundesarchiv
Stasi-Unterlagen-Archiv
Bildungsteam
10106 Berlin
E-Mail: bildung.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Stand

Berlin 2023

Layout

Pralle Sonne Mediendesign,
Berlin

Umschlagfoto

BArch, MfS, BV Berlin, AOP 1224/91, Bd. VI, Bl. 29
Foto des MfS von der Eingangstür zur Schule, 3.11.1988

Redaktion

Bettina Altendorf, Axel Janowitz, Gudrun Krauß, Hans-Peter-Löhn, Andreas Schiller,
Janet Winter

Nachdruck und andere Formen der Vervielfältigung, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung des Bundesarchivs/Stasi-Unterlagen-Archivs. Frei für die Nutzung durch öffentliche Träger im Bereich historisch-politischer Bildung.

Dieses Heft ist ein Bildungsangebot des Bundesarchivs/Stasi-Unterlagen-Archivs. Es wird kostenlos abgegeben und ist nicht für den Verkauf bestimmt. Weitere Informationen unter www.stasi-unterlagen-archiv.de/bildung.

Bitte zitieren Sie diese Publikation wie folgt:
Bundesarchiv/Stasi-Unterlagen-Archiv (Hg): Von der Schule
verwiesen. Schülerprotest an der Berliner Carl-von-Ossietzky-
Schule 1988. Auszug aus Stasi-Akten. Redaktion: Bettina Altendorf,
Axel Janowitz, Gudrun Krauß, Hans-Peter Löhn, Andreas Schiller,
Janet Winter

Berlin 2023



www.stasi-unterlagen-archiv.de/bildung

